Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Nekmanova 30. Telefon: Redaktion 1. Kommission 1.

Telegr.-Adr.: Sozialdemokrat, Prag II., Havlickova nám. 32. Postscheckamt 57544.

Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . Kč 16.— vierteljährlich . . 48.— halbjährig . . 96.— ganzjährig . . 192.— Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang. Donnerstag, 4. Oktober 1923. Nr. 231.

An den Pranger der Geschichte!

Während Deutschland wie ein Totkranker von furchtbaren Fieberschauern durchschüttelt wird, schaut das Frankreich Poincares seelenruhig dem tragischen Schauspiel des Zugrundeganges eines Volkes zu, ohne einen Finger zu rühren, das sich vollziehende erschütternde Geschick in seinem zermalmenden Laufe zu hemmen. Herr Poincare gefällt sich in der Rolle des ebenso erbarmungs- wie einsichtslosen Siegers und er läßt auch jetzt, nach der Einstellung des Ruhrwiderstandes nicht einmal den Schatten einer Tatsache sehen, der den Männern und Parteien, die in schwerster Zeit die Verantwortung für die Führung des Staates übernommen haben, ihr schweres Amt erleichtern würde. Das sieghafte Frankreich, das die Legende mit der Glorie der Ritterlichkeit umwob, zeigt nicht die kleinste Geste dieser Ritterlichkeit, die den Sieg der Brutalität zu verschönen geeignet wäre.

Poincare wartet und man weiß, auf was er wartet: auf den Zerfall Deutschlands. Im Rheinland fördert die französische Politik nicht nur geheim die separatistischen Hochverräter, sie stellt auch ihre Tanks ihnen zum Schutze gegen die Polizei bei, wenn diese sich gegen die Knüppel der französischen Söldlinge zur Wehre setzt. Im übrigen Deutschland wartet Frankreich auf den Bürgerkrieg und es stärkt die Kräfte der nationalistischen Hetzer, die aus der unversöhnlichen Haltung Frankreichs neuen Werbestoff gewinnen. In seinen zahlreichen Sonntagsreden wiederholte Herr Poincare immer aufs neue, vor der Einstellung des Ruhrwiderstandes könne an Verhandlungen nicht gedacht werden. Die Reichsregierung hat, durch die Verhältnisse gezwungen, die Einstellung des passiven Widerstandes proklamiert, doch Frankreich setzt seine Verschleppungsmanöver fort. Und nicht nur, daß es noch immer keine Verhandlungsbereitschaft zeigt, stellt es, obwohl bisher die Einstellung des passiven Widerstandes als einzige Bedingung galt, jetzt neue Bedingungen.

Die Hinterhältigkeit dieses Vorgehens wird am deutlichsten sichtbar, wenn man sich erinnert, was Poincare auf gewisse Fragen Lord Curzons antwortete, welche dieser schon im Juni wegen der Forderung nach Einstellung des passiven Widerstandes stellte. Lord Curzon frug damals, ob Frankreich unter dieser Forderung verstehe, daß die deutsche Regierung zur Zurücknahme der Beschlüsse und Weisungen schreite, durch die sie ihre Staatsangehörigen verpflichtete, Dienstleistungen und Abgaben an die französischen Besatzungsbehörden abzulehnen, oder ob darunter zu verstehen sei, daß auch Einzelne oder Gruppen der Bevölkerung ihren Widerstand aufgeben und sich jeder Mißbilligung der Okkupation widersetzen. Lord Curzon sagte, eine solche Forderung müßte als „exzessiv" bezeichnet werden und „unausführbar" sein, selbst wenn man zugeben wollte, daß die französische Aktion im Ruhrgebiet sich mit dem Versailler Vertrag deckt. Poincare antwortete schon am nächsten Tage, die französische Regierung beabsichtige nicht, die Regierung in Berlin „für individuelle oder sogar kollektive Handlungen, die sich ohne ihre Zustimmung vollziehen, verantwortlich zu machen."

Diese Erklärung, die einem feierlichen Versprechen gleichkommt, hat Herr Poincare jetzt, da Deutschland am Boden liegt, restlos vergessen. Wie aus seiner letzten Sonntagsrede hervorgeht, will er jetzt erst recht „Bedingungen" stellen. Zuerst operierte er mit dem Märchen, es seien nicht alle Verordnungen der Reichsregierung zurückgenommen worden, sondern bloß fünf, aber die Durchsichtigkeit dieser Unwahrheit schien er selber zu erkennen und so erklärte er, es müsse sich erst zeigen, ob die deutsche Regierung den Franzosen „bei der Verwendung der Pfänder tatkräftige Hilfe leisten will". Poincare verlangt also nichts geringeres, als daß die deutsche Regierung bei der Unterwerfung der Ruhrbevölkerung unter das französische Joch „tatkräftig" mithelfen soll, was natürlich einen Wortbruch gegenüber England bedeutet, aber in das Charakterbild des Ehrenmannes Poincare hineinpaßt. Poincare, der erst nach Erfüllung dieser neuen Verpflichtung sich, wie sich seine Schandpresse ausdrückt, auf „weitere Unterhaltungen" mit Deutschland einlassen will, bedenkt nicht, welche Drachensaat er aussät und nichts kann es danach mehr verschleiern, daß er es darauf abgesehen hat, in Deutschland das Chaos herbeizuführen und es in den Abgrund zu stürzen. Die deutschnationalen Hasardeure, deren Treiben Herr Poincare so liebevoll fördert, werden jubeln. Was wären sie ohne die wertvolle Mitarbeit ihrer französischen Gegenfüßler, die ihnen so eifrig in die Hände arbeiten! Bürgerkrieg in Deutschland! Das Wort müßte die Verantwortlichen in allen Staaten erschauern machen, müßte die Gewissen aufrütteln, denn nicht eindringlich genug kann man es sich vergegenwärtigen, daß es bei diesem Bürgerkrieg um mehr geht, als um das Leben und die Zukunft Deutschlands. Die Staatsmänner, Politiker und Parteien auch bei uns, welche sich bisher als offene und geheime Helfershelfer Frankreichs betätigten, müßten sich fragen, ob es ratsam ist, dem französischen Imperialismus auf seinen Wegen weiter zu folgen und die Mitverantwortung für die unheilbaren Wunden zu übernehmen, welche Siegerübermut und nationalistischer Haß ganz Europa zuzufügen im Begriffe stehen.

Vor den Richterstuhl, nein, an den Pranger der Geschichte, werden sich aber auch jene einmal gestellt sehen, welche im Augenblicke der höchsten Gefahr kein höheres Ziel sehen, als gegen die republikanische Reichsstruktur anzurennen und der verhaßten Demokratie, die ihre politischen Privilegien beseitigte, den Krieg zu erklären. Im Westen droht der bayrische Konflikt eine Loslösung Bayerns vom Reiche zu bewirken, im Rheinlande sucht der im französischen Solde stehende Separatismus die Zugehörigkeit des Gebietes zum deutschen Mutterlande zu erschüttern, in Nord- und Mitteldeutschland gehen indessen die hakenkreuzlerischen Demagogen, unterstützt von gedankenlosen Hohlköpfen daran, als unbezahlte Helfer des haßspeienden Poincare die Selbstzerfleischung des deutschen Volkes ins Werk zu setzen. Nun haben sie und ihre geheimen Verbündeten um Stinnes es auf die Sprengung der großen Koalition durch Herausdrängung der Sozialdemokraten aus der Regierung abgesehen, indem sie die Entfernung des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding verlangen. Alle Not und Bedrängnis des Reiches hindert nicht das deutschvölkische Bürgertum, das von Hilferding eine wirksame Besteuerung der besitzenden Kreise befürchtet, seine egoistischen Geldsackinteressen voranzustellen, wobei sie auch das Bestreben leitet, eine Regierung des Bürgertums gegen die Arbeiterklasse zu bilden, um bei den kommenden finanziellen und politischen Entscheidungen den Einfluß des arbeitenden Volkes tunlichst unwirksam zu machen. So scheint sich alles verschworen zu haben, die Katastrophe über Deutschland hereinbrechen zu lassen. Der äußere Feind zeigt sich unerbittlich, indessen beschwört das deutschvölkische Bürgertum eine innere Krise herauf, deren Folgen unabsehbar sind. Die Gewissen sind stumpf und taub geworden, aber doch wird einmal über die Schuldigen gerichtet werden. Sie stehen schon heute und für immer an dem Schandpfahl der Geschichte!

Demission der Regierung Stresemann.

Nach Ablehnung des Kompromißvorschlages durch die sozialdemokratische Fraktion. — Stresemann mit der Neubildung der Regierung betraut.

Berlin, 3. Oktober, 23 Uhr. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat mit 61 gegen 54 Stimmen den Kompromißvorschlag abgelehnt. Das Reichskabinett trat hierauf um halb 11 Uhr nachts neuerlich zu einer Sitzung zusammen, in der es die Gesamtdemission der Reichsregierung beschloß. Reichskanzler Stresemann dürfte sich noch in der Nacht zum Reichspräsidenten begeben, um ihn von dem Rücktrittsbeschluß des Kabinetts in Kenntnis zu setzen.

Berlin, 4. Oktober, 1 Uhr. (Eigenbericht.) Nach Beendigung des Kabinettsrates begab sich Reichskanzler Stresemann zum Reichspräsidenten, um ihm die Demission zu überreichen. Reichspräsident Ebert nahm die Demission an und betraute Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts.

* *

Berlin, 3. Oktober. (Eigenbericht.) Der heutige Tag wurde fast vollständig mit Beratungen der Parteien über die Lösung der Regierungskrise ausgefüllt. Die deutsche Volkspartei verharrt auf dem Standpunkt, daß die Frage der Arbeitszeit so gelöst werden müsse, wie es ihr Führer Dr. Scholz formuliert hatte, nämlich durch die Wiederherstellung der Arbeitsbedingungen vor dem Kriege. Die Demokraten unternahmen einen Vermittlungsversuch, indem sie vorschlugen, die Arbeitszeitgesetze, die bereits der Reichswirtschaftsrat beraten habe, dem Reichstag vorzulegen und sie jetzt fertigstellen zu lassen. Diesem Vorschlag gegenüber verhielt sich die sozialdemokratische Partei nicht ablehnend. Trotzdem ist aber dadurch eine Lösung der Krise bisher nicht herbeigeführt worden.

In der letzten Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler wurde unter anderem die Frage erörtert, was werden solle, wenn das gegenwärtige Kabinett zurücktrüte; auch die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages wurde erwogen. Genosse Hermann Müller ließ keinen Zweifel über diese sich daraus ergebenden innerpolitischen Gefahrmomente aufkommen.

Während die Fraktion den Bericht über die Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler entgegennahm, trat das Kabinett erneut zu einer Besprechung des bisherigen Verhandlungsverlaufes zusammen. Um 9 Uhr versammelte sich die sozialdemokratische Fraktion von neuem; es wurde wiederum beschlossen, dem Ermächtigungsgesetze der Regierung, soweit es sich um soziale Fragen handelt, die Zustimmung zu versagen. Das bedeutet das Ende des Kabinettes Stresemann, das wahrscheinlich heute nachts noch seine Demission geben wird.

Ein weißer Rabe.

München, 3. Oktober. Der ehemalige bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld hielt in Aschaffenburg eine Rede über die politische Lage, in welcher er sich namentlich gegen die übertriebene Kritik des Parlamentarismus wandte und die Diktatur ablehnte, da sie gewöhnlich sehr starke Auswüchse zeitige. Er bedauerte tief, daß man in Bayern so leichtfertig vom Bürgerkrieg spreche. Er warnte vor dem Nationalismus, der auf niedrige Instinkte spekuliere und mit der heutigen christlichen Weltanschauung unvereinbar sei. Aus demselben Grunde wandte er sich auch gegen den Antisemitismus.

Die rheinischen Sonderbündler.

Von P. Dreyfus („Daily Herald").

Die wichtigsten Dinge in Deutschland sind die, von denen man nicht spricht. Man glaubt, wunder wie staatsklug zu sein, wenn man erst nach einem Schlage dem Volke erklärt, erstens, weshalb er kommen mußte und weshalb es besser ist, nicht davon zu sprechen, und zweitens, weshalb es nicht so schlimm ist. Nachdem man sich blind gestellt hat, stellt man sich auch fühllos, und tut dann höchstens empört, daß das Ausland den Holzbock nicht für einen Menschen nehmen will. So erklärt man den rheinischen Separatismus heute noch für ungefährlich, seine vaterländischen Träger für einflußlos.

Wer sind sie, wer steht hinter ihnen? Der Name Dortens ist bekannt, des Wiesbadener Staatsanwaltes, der mit den französischen Offizieren und süddeutschen Royalisten zusammen, die Rheinbundidee wieder aufleben ließ, deren letzter Agent Fuchs war. Dem Offizier folgte der Unteroffizier, dem Akademiker der Mann aus dem Volke, Smeets in Köln, offen von den Franzosen geschützt und genährt. Das waren nur Versuchsballons. Sie müssen zur Zufriedenheit ihrer Absender geflogen sein. Denn nun trat eine ernste Macht auf den Plan, der Kölner Handel. Der wünschte die Monopolstellung der Rheinmetropole — erwachsen aus der Möglichkeit, ohne Zollhindernungen nach Deutschland, Belgien (Antwerpen!) und Frankreich verkehren zu können — dauernd zu sichern. Dies konnte am besten geschehen durch Schöpfung einer freien Stadt, wie von Danzig, die zwar formell im Reichsverbande bleiben sollte, aber zoll- und wirtschaftspolitisch selbständig wäre. Die Träger dieses Planes suchte man vor der Ruhrbesetzung mit hohen Ehrenstellen für ihren politischen Anwalt Adenauer zu begütigen. Die Ruhrbesetzung brachte dann für ihren wirtschaftlichen Sprecher Louis Hagen, geborenen Levi, ungeheure Geldgewinne, denn die Berliner Regierung konnte ihm gegenüber nicht freigebig genug sein. Aber einmal geht auch das beste Geschäft vorüber, einmal mußte auch der Berliner Ruhrsegen dünner werden. Das ist das Zeichen für den Erben aller dieser freien Rheinlandfirmen des Düsseldorfer Komitees. Man hört gewöhnlich nur den Namen des Schriftleiters Mathes, die Namen der Vorsitzenden, Freiherrn v. Metzen, Rechtsanwalt Wolterbach und Dr. Dietz, weisen auf Großgrundbesitz, Großindustrie und Syndikalisten. Man tritt in der Oeffentlichkeit frei auf, hat eine Zeitung, „Das freie Rheinland", hält Versammlungen ab und fühlt sich nach Nordwesten bereits sicher bis in die Linie Essen—Gladbeck, wo man in jedem Betriebe bereits Vertrauensmänner zu haben glaubt. Bei jedem Straßenauflauf ist ein redegewandter Mann für das freie Rheinland im Anschluß an Frankreich tätig, und schließt sich ihm jemand an, so findet er bei der nächsten französischen Delegation offene Ohren und Verhandlungsbereitschaft. Mit Smeets und Dorten ist man einig, behauptet, es auch mit Adenauer und Hagen zu sein. Aber die Absicht geht weiter. Man glaubt, die Grenzen dieses Staates vom unteren Main bis zur Weser, von der Pfalz bis nach Bremen und der Nordsee ziehen zu können.

Der Zielpunkt dieser Pläne, die eine Umklammerung Hollands durch die französische Sphäre in sich schließen wird, ist klar durch die Hoffnung der Sonderbündler, daß die Errichtung dieses Staates durch die Besetzung Hamburgs urch die Franzosen erleichtert werden wird. Man sieht, es ist ein kapitalistischer Plan, ein Plan des westlichen Kapitalismus!

Und in der Tat sind die Wirtschaftsmächte, die hinter ihm stehen, stark genug, einen solchen Plan zu hegen. Sie gruppieren sich in Rheinland-Westfalen um die Firma Otto Wolff und ihren Leiter Othmar Strauß. Es ist die Holdinggesellschaft des Krupp-A. E. G.-Haniel-Holland-Konzerns, durch dessen Vermittlung im „Ruhrkampf" das Berliner Paktolos über Rotterdam (James Müller) nach London (Vickers) und über Felten-Guillaume-Arbed ins Creuzot und zur Banque de Bruxelles geleitet wurde. Mit solchen Freunden kann man Großes wagen und müßte es fast bescheiden nennen, daß Otto Wolffs „Kölner Tageblatt" Rheinland-Westfalen nur von Preußen trennen und beim Reiche lassen will, wenn man nicht wüßte, daß das nur der Uebergang sein soll. Denn man kann die breiten Massen, ohne deren Mitwirkung der neue Staat nicht zu machen ist, nicht verprellen. Das sind die katholischen Arbeiter. Man bietet ihnen, ihrem Gewerkschaftsführer Stegerwald, den Sitz des Staats-

präsidenten, obgleich das den nicht minder ehrgeizigen Kölner Bürgermeister Adenauer verschnupfen wird. Also werden die Zentrumsmassen sehen, daß es ein Volksstaat wird, und zwar ein Volksstaat mit Roms Segen. Ob den katholischen Arbeitern freilich der Staat gefallen wird, wenn sie seine Wirtschaftsgrundlage erfahren, und ihre Wirkung auf den Arbeitstag und -ertrag am eigenen Leibe spüren werden?

Das wirtschaftspolitische Grundgesetz des freien Rheinlandes wird der Versailler Vertrag, seine Ausführungsbestimmungen das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 sein. Die Alliierten übernehmen die Eisenbahnregie.

So kommt zu der militärischen Kontrolle die wirtschaftliche. Denn wer die Eisenbahn hat, hat die Wirtschaft. Dies ist die amerikanische Methode der wirtschaftlichen Ausbeutung eines Gebietes und die amerikanischen Banken, die hinter den französischen stehen, werden denn auch zur Gewährung einer Anleihe bereit sein. Selbstverständlich wird man auch in den Unternehmungen sich die Kontrolle sichern. In den heutigen preußischen Staatsgruben hofft sich der französische Staat als staatlicher Haupterbe zu setzen. In den Aktiengesellschaften wird man sich nicht mit den profitsichernden Obligationen begnügen, sondern wünscht die gleichzeitig die Leitung sichernden Aktien, unter die Alliierten verteilt nach dem Londoner Schlüssel. Damit ist die Grenze der Westmächte im Norden der Mainlinie an die Weser vorgerückt, in Ausführung des prophetischen Wortes von Stinnes vor den Eisenhüttenleuten in Düsseldorf im August 1922: Der Osten Deutschlands mag sich seine Kohle beschaffen, wo er will, wir in Westfalen brauchen unsere zur Verhüttung der lothringischen Minette". Er hat es geschafft — und verkauft dazu dem Osten die englische Kohle.

Das etwa sind die Absichten der „freien Rheinländer"; man sieht, sie vereinigen die Absichten des deutschen und des französischen Kapitals. In Deutschland beschäftigt man sich nicht damit. Noch ist ja das Ei nicht in den Brunnen gefallen, da wäre es nicht national, zu warnen. Nur eine Gesellschaft sehr unpatriotischer Leute dürfte in Deutschland erörtern, ob es noch möglich sei, Rhein und Ruhr bei Deutschland zu halten:

Die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter.

Inland.

„Wir haben uns überschätzt".

Arbeiter- und Soldatenfreund Beuer hat auf der kommunistischen Kreiskonferenz in Reichenberg den Mißerfolg der kommunistischen Taktik ziemlich offen zugegeben und der Partei den Rat erteilt, ihren Einfluß, den sie bisher überschätzte, durch eine Aenderung der Haltung, vor allem in der nationalen Frage, zu heben. Der Heldentenor des Herrn Beuer mag dem Chormeister Kreibich etwas unangenehm in den Ohren geklungen haben. Also unternahm es Viktor Stern, Beuers Gesang vergessen zu machen, indem er mit dröhnendem Baß gegen die deutsche Sozialdemokratie loszog, die — man höre — die Schuld auch an dem kommunistischen Wahlmißerfolg trägt! Zu dieser Feststellung gelangt Herr Stern über ein Dutzend Unwahrheiten und Widersprüchen, von denen wir nur die elementarsten hervorheben wollen.

Zunächst erklärt der Stern von Reichenberg, daß überall dort, wo die Kommunisten stark sind, die Niederlage des Proletariats geringer war und daß — in den slawischen Gebieten — aus der Niederlage der Sozialdemokraten ein Erfolg der Kommunisten wurde. Damit sei bewiesen, daß nicht die kommunistische Spaltungspolitik an der Schlappe der Arbeiterschaft schuldig sei. Die Behauptungen sind unlogisch, die Tatsachen entstellt und der Schluß falsch. Im tschechischen Lager sind die kommunistischen Erfolge bedeutend; Grund: die unglückliche Koalitionspolitik der tschechischen Sozialdemokraten. Aber auch in den tschechischen Gebieten wurde die Stärke des Proletariats dort am wenigsten geschwächt, wo der Einfluß und die Position der Kommunisten am geringsten ist. Für das deutsche Proletariat aber gilt genau das Gegenteil dessen, was Stern behauptet: wo die Kommunisten schwach sind (siehe Mähren, Westböhmen), ist der Rückgang der sozialistischen Stimmen am geringsten, wo sie stärker sind, ist auch die proletarische Wahlniederlage bedeutender. Im Reichenberger Kreis, im kommunistischen Zentrum, ist der kommunistische Mißerfolg eklatant. Und gerade damit ist bewiesen, daß die kommunistische Spaltungstaktik eine der Hauptursachen der sozialistischen Wahlniederlage ist.

Herr Stern wurde nicht müde, vom „katastrophalen Zusammenbruch" unserer Partei zu sprechen. Zu dieser Behauptung erbrachte er nicht einmal einen Beweis seiner Art, dagegen stellte er gleich darauf in Sanftmut fest, „daß die deutsche Sozialdemokratie trotz ihrer katastrophalen Niederlage noch immer stärker ist, als unsere Partei." Fünfmal so stark, Herr Stern! Das hätten Sie hinzufügen müssen, damit die Seriosität der Konferenzresolution, die von unserer „zusammenbruchartigen Niederlage" spricht, noch deutlicher zutage trete.

Stern, der Gewissenhafte, sprach natürlich auch wieder vom sozialdemokratischen „Verrat", dessen Folge es gewesen sei, daß die Arbeiter nicht nur unsere, sondern auch die kommunistischen Führer verließen. Ganz abgesehen davon, daß Herr Stern nicht erklärte, warum diese „Folge" nur bei den deutschen, nicht aber bei den tschechischen Arbeitern eintrat, vergaß er natürlich auch hinzuzufügen, daß eben das fortwährende „Verrats"-Geschreie der Kommunisten und ihre unausgesetzten Verleumdungen sozialdemokratischer Vertrauensmänner das Vertrauen der Arbeiter zu ihren Führern erschütterten. Aber während zum Glück die deutsche sozialdemokratische Partei auch diese vornehme „Taktik" der Kommunisten bereits überwand, werden sie die Geister, die sie riefen, nicht mehr los.

Was Viktor Stern über die nationale Frage zu sagen wußte, ist klassisch-kommunistisch und verdient in seiner Tiefgründigkeit, Ausführlichkeit und Ehrlichkeit wörtlich zitiert zu werden. Stern löste das Problem folgendermaßen:

„Wir müssen auf die nationalen Probleme sehen. Wir müssen gegen die nationale Unterdrückung kämpfen, indem wir den Internationalismus in den Vordergrund schieben. **Wir müssen für die tschechischen Arbeiter eintreten, wo sie unterdrückt werden, so wie die tschechischen Genossen verpflichtet sind, gegen die Unterdrückung der deutschen Arbeiter aufzutreten."**

Also zunächst haben die deutschen Arbeiter gegen die Unterdrückung der tschechischen Arbeiter einzutreten. So steht für die Reichenberger das Problem und kein Weiser wird leugnen können, daß wir es in diesem Staate zuvörderst mit der nationalen Unterdrückung der tschechischen Arbeiter zu tun haben. Sollte es dann etwa auch vorkommen, daß in der Tschecho-Slowakei deutsche Arbeiter unter Chauvinismus leiden, werden die tschechischen Kommunisten gebeten, zum Rechten zu sehen. Stern hofft aber, daß er den Smeral kaum werde strapazieren müssen.

Auf Deutschland hat sich Stern keinen eigenen Reim gemacht; da genügt ihm die Wiederholung dessen, was „Vorwärts" und „Internationale" täglich erzählen: die reichsdeutsche Sozialdemokratie rettet den Kapitalismus, dies der Zweck der „Vereinigung von Stinnes und Hilferding". Der Beweis? Den wollen wir führen: die „große Koalition" scheitert, weil die Sozialdemokratie niemals ihre Hand zu arbeiterfeindlichen Aktionen, beispielsweise zur Drosselung des Achtstundentages geben wird.

Derlei „Argumente" müssen herhalten, um die Tatsache zu bemänteln, daß die kommunistische Partei sich „überschätzt" hat, welche Ueberschätzung Referenten, Debatteredner und die Resolution der Kreiskonferenz immer wieder feststellen mußten. Und drum wollen die Kommunisten nunmehr auch recht brav sein und sich durch keinerlei „Ueberschätzung" mehr zu falschen Handlungen und Aktionen hinreißen lassen, welcher Entschluß in der Resolution folgenden bescheidenen Ausdruck fand:

„Unsere Aktionen dürfen aber nicht über unsere Kraft hinausgehen, sie müssen sich naturnotwendig aus der wirtschaftlichen und politischen Situation ergeben und sorgfältig vorbereitet sein."

Da wollen sie es jetzt wohl gar wieder so machen wie die deutschen Sozialdemokraten? Eine erfreuliche Botschaft. Leider fehlt uns der Glaube. Ohne „Ueberschätzungen", ständige Rufe nach Putsch und Generalstreik, ohne größenwahnsinnige Parolen wäre es auch mit der Scheinbedeutung und -notwendigkeit der Kommunisten vorbei. Und das werden sie, natürlich im Interesse des Proletariats, noch ein Weilchen zu verhindern wissen.

Wie nationalsozialistische „Arbeiterpolitik" in der Praxis ausschaut, war bei der Konstituierung der Gemeindevertretung von Oberdorf zu sehen. Die neun Mann starke national-„sozialistische" Fraktion hat sich mit den reaktionärsten und arbeiterfeindlichen Gruppen zu einem Wahlblock vereinigt, mit den national-„sozialistischen" Stimmen wurde für die zu 80 Prozent von Arbeitern und Eisenbahnern bewohnten Gemeinde ein Fabrikant, Herr Anton Heeg, zum Vorsteher gewählt. Von der Gnade der Bürgerlichen und des Fabrikanten Heeg konnte dann ein National-„Sozialist" zweiter Vorsteher-Stellvertreter werden. Welche Gnade . . . — In dem Arbeiterort Sporitz bei Komotau sehen wir das gleiche erhebende Bild, auch dort haben sich die National-„Sozialisten" mit den Schwarzen und mit den Agrariern verbunden, um den Vorsteherposten zu ergattern. Die schwarz-gelb-grüne Kompagnie konnte aber ihr Ziel nicht erreichen, denn obwohl sie aus ihren Reihen schon zweimal den künftigen Vorsteher gewählt hatte, — ist sie bei der Konstituierung glänzend durchgefallen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß sich die deutsch-gelben „Arbeitervertreter" auch in Sporitz mit den verbissensten Arbeiterfeinden verbrüdert haben. Den braven National-„Sozialisten" ist manchmal bitter Unrecht getan worden. Auf Grund ihrer Vergangenheit, die sie als bewährte Streikbrechergarde erkennen ließ, wollten manche Arbeiter nicht glauben, daß die Partei der Deutschgelben „auch" eine Klassenkampfpartei sei. Jawohl: Die National-Sozialisten sind Klassenkämpfer! Sie kämpfen eben auf der anderen Seite der Barrikade, sie nehmen als Kerntruppe teil an dem Klassenkampf des kapitalistischen und reaktionären Bürgertums gegen das Proletariat.

Eine nationalsozialistische Lüge. Der Duxer „Tag" gab in seiner Nummer vom 27. September unter dem Titel „Deutsche Sozialdemokraten als Volksverräter" eine Meldung des „Saazer Anzeigers" wieder, daß bei den Ortsvertretungswahlen in Widobl die deutschen Sozialdemokraten für die tschechische Liste gestimmt hätten. Wir stellen fest, daß unsere Partei in Widobl keine politische Organisation besitzt, dort auch nicht kandidierte, also ihre Stimmen den Tschechen gar nicht geben konnte. Wir wollen den Duxer „Tag" ausnahmsweise einmal überschätzen und annehmen, daß er diese Widerlegung der eigenen Lüge auch seinen Lesern miteilen wird.

Herr Abgeordneter Jung, Sie haben das Wort! In dem Troppauer nationalsozialistischen Blatt „Neue Zeit" veröffentlichte in der Nummer vom 3. „Gilbhart" (Oktober) der Abgeordnete Ing. Rudolf Jung einen Leitartikel über Deutschland und Bayern, in dem sich unter anderem folgender Satz befindet:

„Der Prager „Sozialdemokrat", das Hauptblatt der sudetendeutschen Sozialdemokratie, in dessen Schriftleitung sich nur Nichtarier befinden und der nach verläßlichen Mitteilungen ganze 1800 Abnehmer zählt . . ."

Wir wollen mit Herrn Jung kurz reden. Wir fordern ihn auf, den Beweis für beide Behauptungen, also sowohl, was die „Nichtarier" als auch was die Abnehmerzahl betrifft, anzutreten. Solange er diesen Beweis nicht erbracht hat, erklären wir ihn für einen Lügner.

Die Konstituierung der Stadtvertretung von Dux. Am vergangenen Montag trat die neugewählte Stadtvertretung von Dux zu ihrer Konstituierung zusammen. Zum Bürgermeister wurde der deutsche Nationalsozialist Hartig, zum ersten Vizebürgermeister der tschechische Sozialdemokrat Heyl und zum zweiten Vizebürgermeister der Nationalparteiler Jahnel gewählt. Die Wahl des Stadtrates ergab sechs Deutsche und sechs Tschechen. Der Duxer „Tag" ist ob dieser Zusammensetzung des Stadtrates ganz aus dem Häuschen geraten und leiert das Lied vom „sozialdemokratischen Volksverrat" Der „Tag" behauptet, die deutsche Sozialdemokratie wäre von der bürgerlichen Wahlgemeinschaft wiederholt zu gemeinsamen Vorgehen bei der Konstituierung der Stadtvertretung aufgefordert worden. Diese Behauptung ist, wie uns aus Dux berichtet wird, eine bewußte Lüge. Niemand von der Wahlgemeinschaft hat unserer Partei die Koppelung zu den Stadtratswahlen angeboten. Es ist klar, daß die deutsche Wahlgemeinschaft durch ihre Ueberheblichkeit, durch die den Deutschen Dux' ein Stadtratsmandat verloren ging, die ungünstige Zusammensetzung des Stadtrates verschuldet und nun auf bequeme Weise auf unsere Partei abzuwälzen versucht. Die Deutschen von Dux können sich bei der Wahlgemeinschaft, die aus den deutschen Nationalsozialisten, der Nationalpartei und den Christlichsozialen besteht, für ihre Niederlage bei der Stadtratswahl bedanken.

Die Bürgermeisterwahl in Bilin am Montag hat eine deutschbürgerliche und tschechischbürgerliche Einheitsfront zustande gebracht. Als Bürgermeister wurde Dr. Tropschuh mit 26 Stimmen gewählt, zehn Stimmzettel waren leer. Da die deutschbürgerlichen Parteien 19 Mandate haben und unsere vier Genossen leere Stimmzettel abgegeben haben, ist zu erkennen, daß aus dem tschechischen Lager sieben Stimmen für Dr. Tropschuh abgegeben wurden. Daß da eine stille Vereinbarung mit einigen der tschechischen Parteien vorlag, zeigte sich auch bei den weiteren Wahlen. Obwohl die tschechischen Parteien in der Lage gewesen wären, die Stelle des ersten Bürgermeisterstellvertreters zu besetzen, meldeten sie diesen Anspruch nicht an, sondern stimmten auch hier für den deutschnationalen Lehrer Hantschel, welcher mit 24 Stimmen gewählt wurde. Nun hätten die deutschbürgerlichen Parteien selbst, auch den zweiten Bürgermeisterstellvertreter bestellen können, denn ihre 19 geschlossenen Stimmen hätten genügt. Aber da verkündeten sie, daß sie diese Besetzung den tschechischen Parteien überlassen und da zeigte sich denn die geheime Abmachung, denn obwohl die tschechischbürgerliche Partei nur vier Mandate hat, so erhielt ihr Kandidat 17 Stimmen, sodaß der tschechische Arbeiterkandidat unterliegen mußte. Hätten die Deutschbürgerlichen die Entscheidung den tschechischen Parteien überlassen, wäre wieder Kommunist Suva als zweiter Bürgermeisterstellvertreter gewählt worden, so aber bestimmten die Deutschbürgerlichen, wer von den tschechischen Vertretern als zweiter Bürgermeisterstellvertreter zu werden hat. Was war das für ein Geschrei, als vor vier Jahren die deutschen und tschechischen Arbeiter zusammengingen. Der ganze deutsche Blätterwald wußte damals vom „Volksverrat" zu erzählen. Doch wenn die Bürgerlichen dasselbe tun — ja Bauer, das ist etwas anderes!

Die Gauwahlen in der Slowakei lassen sich nunmehr übersehen. Es wurden im ganzen 211 Gauvertreter gewählt. Hievon entfallen auf die Slowakischklerikalen 67 Mandate oder 30 Prozent, auf die Agrarier 49 Mandate oder 24 Prozent, auf die Kommunisten 28 Mandate oder 16 Prozent auf die magyarischen Oppositionsparteien 22 Mandate oder zehn Prozent, auf die tschechischen Sozialdemokraten zehn Mandate oder fünf Prozent, auf die tschechischen Nationalsozialisten sechs Mandate, auf die Christlichsozialen

---

Drama der Revolution.

Zur Erstaufführung von Georg Büchners Drama „Dantons Tod" im Deutschen Theater am 2. Oktober 1923.

Der Lebenslauf Georg Büchners ist heroisch. Heroismus heißt: erkennen, daß am Anfang und am Ende der Welt das Nichts ist, — wie Danton-Büchner zu verkünden: „Das Nichts hat sich ermordet, die Schöpfung ist seine Wunde, wir sind seine Blutstropfen, die Welt ist das Grab, worin es fault." Heroismus heißt: die Erkenntnis dieses Furchtbaren zu ertragen und weiter zu sein. Eine solche Existenz ist im höchsten Grade unbürgerlich, indem sie nicht wie jedermann gravitätisch als Subjekt sich um den eigenen Nabel dreht, sondern in eine Objektbeziehung zum Dasein tritt, die es ihr ermöglicht, die Allheit mit ihren erschütternden Gegensätzen visionär zu durchdringen. Die Allheit — das ist nicht eine abstrakte kantische Kategorie, nicht der vermenschlichte „liebe Gott", sondern die Natur an sich. Sie siegt kraft ihrer starren, unveränderlichen Gesetze, kraft ihrer mathematisch sich erfüllenden Notwendigkeit, wie sie Spinoza philosophisch und wie sie der Sozialismus in der Wirklichkeit des Lebens erkannte. In diesem Sinne schrieb der Sozialist Büchner: „Ich studierte die Geschichte der Revolution. Ich fühlte mich wie zernichtet unter dem gräßlichen Fatalismus der Geschichte. Ich finde in der menschlichen Natur eine entsetzliche Gleichheit, in den menschlichen Verhältnissen eine unabwendbare Welt, allen und keinem verliehen. Der Einzelne nur Schaum auf der Welle, die Größe ein bloßer Zufall, die Herrschaft des Genies ein Puppenspiel, ein lächerliches Ringen gegen ein ehernes Gesetz, es zu erkennen, das Höchste, es zu beherrschen unmöglich." Das eherne Gesetz der Natur übt strenge Diktatur, sagt Büchner. Natur — wer ist sie, wo offenbart sie sich? Im Volke. Das Volk diktiert, es allein hat nach Ursprung und Entfaltung das Recht dazu. Es ist Schicksal und Vollstrecker des Schicksals, Objekt und Subjekt zugleich. Als Subjekt unterliegt es auch eigener Schuld; dann vollzieht es, nicht als fraglicher abstrakter Gott, sondern als wirklich existent die Sühne an sich selbst, wird dadurch zum Objekt, zum Schicksal derer, die sich an ihm vergehen, und entsühnt sich von ihnen durch ihren Untergang.

In diesem Sinne faßt Büchner Dantons Tod auf. Danton ist schuldig, nicht weil das Revolutionstribunal es will, nicht weil es Robespierre verkündet, sondern weil das Volk diktierend sein Urteil spricht. Noch schwingt sich zwar der Büchnerische Robespierre zum Sprachrohr mathematisch begründeter Naturnotwendigkeit auf; aber — genial erschaut Büchner die ursächlichen Zusammenhänge! — dieser Robespierre trägt bereits den Keim eigener Schuld in sich, der einzigen Schuld, die besteht: seine Forderung nach dem Kopf Dantons entspringt nicht allzusehr dem reinen Bedürfnis, den Natur- d. i. den Volksgesetzen zu unbedingter Gültigkeit zu verhelfen, sondern auch, und nicht zu allerletzt, dem unreinen Willen, sich von dem Größeren im Geiste zu befreien. Denn als solcher erscheint hier Danton auf der Bühne. Er ist nicht der erstarrte Doktrinär, der das einmal erkannte Weltgesetz der Volksrechte nur mit der grausamen Unbeugsamkeit seines Ichs durchsetzen will; unschematisch rückt er, das Genie, von dem an sich notwendigen Schema ab — nicht als verfeinerter Dekadent, sondern als einer, der hoher Kultur bedarf, sofort erkennend, daß er damit die Schuld des Lebens auf sich lädt. Er weiß, daß deshalb sein Kopf unter der Guillotine fallen wird, zergeht aber nicht in Rührung über sich selbst: denn das Naturgesetz hat sich an ihm erfüllt. Das ist tragischester Heroismus. Anders Robespierre: an die einmal erkannte Theorie von der Diktatur des Volksgesetzes geklammert, erhebt er diese Not—wendigkeit zur persönlichen Tugend. Seine zur Schau getragene Schäbigkeit des Kleides wird zum Sinnbild einer schäbigen Moral, die ihn zwingt, den Schrecken als sittliches Gut zu proklamieren. Der Schatten des Schicksals umschwebt ihn unheimlich im Drama Georg Büchners.

Das alles ist also inneres Geschehen einer ungeheueren Zeit, in furchtbarer Lebendigkeit vom Dichter Büchner dramatisch bewältigt. Vielfache Seelenreflexe zucken grell auf, scheinbar wirr durcheinander, aber in Wahrheit ergeben sie die Größe der Natureinheit im Chaotischen, beherrscht von dem alles überstrahlenden Einen: vom Volk. Als entsetzliches Symbol dreht die letzte Szene mit der Guillotine auf dem Revolutionsplatz.

Es ist nicht so leicht, für ein so grandioses Drama die richtige Szene zu finden. Hier heißt es: den Atem eines grandiosen Naturgeschehens einzufangen, Offenbarungen von letzten Geheimnissen zu geben. Vielleicht müßte in diesem Falle die Bühne so leer als möglich von Kulissen, nur erfüllt von den Menschen sein. Man folgt auf diese Weise auch eher dem Dichter, der keine Regiebemerkungen gemacht hat. Es ist lobend anzuerkennen, daß Herr Demetz im Prinzip diese Linie im äußeren Bühnenbild festhielt. Noch weniger wäre mehr gewesen. Die „Massen" funktionierten gut. Unter den Einzelleistungen ragte die Herrn Hofmanns als Robespierre hervor. Dieser Schauspieler versteht es, so zu sein, wie es die Rolle erfordert. Das kann man von Herrn Kochs Danton nicht behaupten. Diesmal kann man ihm nur sein deutliches Sprechen nachrühmen. Aber Sätze wurden oft zerrissen (vielleicht trägt die Größe des Stoffes Schuld daran), und vor allem gelang es Herrn Koch nicht, sich in den Danton Büchners zu verwandeln. Herr Hölzlin war in Maske und Ton als Terrorist überzeugend. Unter den Darstellerinnen fiel Frl. Rainer auf. Das mit Operetten überfütterte Publikum versagte.

F. Oskar Kohn.

sieben Mandate, auf die Jugen sieben Mandate, auf die tschechischen Nationaldemokraten ein Mandat. — Die Tatsache, daß die Slowakischklerikalen an erster Stelle marschieren, hat auch bei ihren tschechischen Brüdern große Freude hervorgerufen. Besonders das Organ des Prager Erzbischofs, um den sich die klerikale Rechte sammelt, der „Cech", ist vor Freude ganz aus dem Häuschen geraten und vergleicht im Leitartikel Hlinka sogar mit Christus. Der „Cech" singt begeisterte Hymnen auf Hlinka und verkündet, daß die rot-grüne Regierungskoalition in der Slowakei eine große Schlacht verloren habe. Aber auch das Organ des Ministers Sramek, die „Lidove Listy", schreiben über eine Niederlage der Regierung, obwohl doch die Tschechischklerikalen selber in der Regierung sitzen. Es scheint, daß die Tschechischklerikalen ihre Politik gegenüber Hlinka unter dem Eindruck des Wahlergebnisses ändern werden. Natürlich ist es, daß in Koalitionskreisen wegen der Annäherung Srameks an Hlinka eine deutliche Verstimmung gegen den tschechischen Flügel der Volkspartei herrscht. Insbesondere wird den Tschechischklerikalen von ihren Koalitionsgenossen das Verhalten des Abgeordneten Myslivec, der angeblich an der antistaatlichen Propaganda Hlinkas Anteil nimmt, zum Vorwurf gemacht. — Das „Pravo Lidu" schreibt: „Die Wahlen in der Slowakei sind vollzogen. Sie endeten mit einem Siege der Reaktion und einer Niederlage der sogenannten staatsbildenden Parteien. Vielleicht bis auf einen wird es in der Slowakei keinen großen Gau geben, in dem die oppositionellen Parteien nicht die Majorität hätten. Die Wahrheit kann unmöglich verhüllt werden: In der Slowakei hat durch die Wahlen der Klerikalismus gesiegt. So wie vor drei Jahren über die Slowakei die Welle des Sozialismus ging, so ist die Slowakei heute von einer schwarzen Welle übergossen. Das Ergebnis der Wahlen in der Slowakei hat seine Ursache in den europäischen Verhältnissen. Die reaktionäre Welle hat ihren Weg nach der Slowakei leicht gefunden, denn die Slowaken waren noch vor fünf Jahren das versklavteste Volk Europas." — Das „Ceske Slovo" sagt, daß der Kampf gegen den Klerikalismus konsequent unnachgiebig sein müsse. — Die „Republika" meint, daß in der Geschichte der befreiten Slowakei die Wahlen nichts mehr als eine häßliche Episode sein werden. Damit aber diese Episode die letzte sei, müsse von Grund aus neu begonnen werden. — Die „Narodni Listy" glauben: „Daß die Slowakei so stark oppositionell gewählt hat, ist nicht der Ausdruck eines einträchtigen Widerstandes gegen den Staat, aber es wäre ein großer Betrug, sich verheimlichen zu wollen, daß es die Kundgebung einer sehr starken Unzufriedenheit ist. Und das Ziel und gleichzeitig die Quelle dieser Unzufriedenheit ist nicht anderswo zu finden als in den Parteien, welche bisher in der Slowakei geherrscht haben und gegen die sich auch die öffentliche Meinung gewendet hat. — Der klerikale „Cech" sagt: Wer Slowak, der Volksparteiler! Auch die slowakischen Soldaten wählten unisono Hlinka und dadurch die Autonomie. Eine halbe Million solch unerschrockener Wähler gibt es in der Slowakei. Die von den Regierungsorganen verbreitete Nachricht, daß dieses slowakische Volk gegen die Tschechen und gegen die Republik sei, ist eine grobe Lüge. Inmitten vieler Tausender wurde Sonntag abends Abg. Myslivec auf den Schultern getragen. Ein eindrucksvoller Beweis der tschechoslowakischen Brüderschaft. Das Blatt schließt: Und wer in ihre Seelen blicken und lesen könnte, der würde dort lesen, daß die katholische Slowakei mit Hlinka und der Volkspartei steht und fällt. Wenn Matyeov, Svehla und Konsorten Gefühl im Leibe und Liebe zur Republik im Herzen haben, mögen sie aus den Sonntagswahlen die Lehre ziehen: Noch ist es Zeit, aber es könnte geschehen, daß es zu spät wäre.

Polizei in der Slowakei. Das am 27. September 1923 ausgegebene 83. Stück der Sammlung der Gesetze und Verordnungen des tschechoslowakischen Staates enthält die Kundmachungen über die Errichtung staatlicher Polizeikommissariate in vier Städten der Slowakei, darunter auch in Rosenau (Rožnava), dem Sitze des Pfarrers Hlinka.

Das Budget. Wie die „Lidové Noviny" mitteilen, finden im Finanzministerium Beratungen mit den Budgetreferenten der einzelnen Ressortministerien statt. Der Zweck dieser Beratungen ist, in den Ausgaben der betreffenden Ministerien Abstriche zu erzielen, damit das Budget aktiv sei. Gegenüber dem vorjährigen Budget sollen fünf Milliarden erspart werden, wobei die Ausgaben auf ungefähr 16 Milliarden herabgesetzt werden würden, auf welchen Betrag das Finanzministerium den Ertrag der Einkünfte schätzt. Die Verhandlungen sind schwierig, da in einzelnen Ressorts weitere Streichungen von Ausgaben auf große Hindernisse stoßen. — Das „Pravo Lidu" beschwert sich über die beabsichtigte Durchpeitschung des Budgets. Heuer werde es noch rascher gehen, als voriges Jahr. Das Tempo, mit dem die Budgetberatung vor sich gehen werde, wird nach der Schilderung des Blattes alles bisher Dagewesene übertreffen. Man kann sich also auf rasche parlamentarische „Arbeit" gefaßt machen!

Der Laube in die Diplomatenlaube? Die „Tribuna" verzeichnet das Gerücht, daß der Abgeordnete Laube, dessen Stellung in der tschechischen nationalsozialistischen Partei infolge seiner letzten Affäre, in der er bekanntlich der Denunziation tschechischer Magistratsbeamter an die österreichischen Behörden beschuldigt wurde, erschüttert ist, in den diplomatischen Dienst aufgenommen werden soll. Man will Laube, der von allerlei tschechischen Koalitionsgrößen gar manches wissen soll, offenbar mundtot machen.

Der Kampf der Bergarbeiter.

Prag, 3. Oktober. Die Zentralstreikleitung teilt mit:

Der Streik ist unverändert. — Nach eingelangten Berichten aus dem Ostrau-Karwiner Reviere sind in einigen Betrieben Bergbeamte und Angestellte zur Förderung von Kohle für die Kokereien und die Kesselhäuser bestimmt worden. Einige Grubenverwaltungen haben den Mitgliedern der Betriebsräte den Zutritt auf die Gruben verboten. Auf diese Maßnahme wird im Sinne der Streikrichtlinien mit einer Verschärfung des Streikes geantwortet werden. Die Intervention der Gewerkschaftszentrale bei der Regierung wegen des Bergarbeiterstreikes, die heute stattfinden sollte, wurde infolge der Abwesenheit des Ministers auf morgen verlegt.

Auf Einladung des Revierbergamtes stellten sich die Vertreter des Revierstreikausschusses in Mähr.-Ostrau zu Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerke ein.

Einigungsverhandlungen in Mährisch-Ostrau.

Ein neuer Vermittlungsvorschlag: 13 Prozent Lohnabbau, Vertragsdauer bis März 1924.

Mähr.-Ostrau, 3. Oktober. Heute vormittag fanden in Mähr.-Ostrau neue Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern des hiesigen Reviers statt.

Die Bergarbeiter vertrat der Revierstreikausschuß, die Grubenbesitzer die Direktorenkonferenz.

Die Verhandlungen eröffnete der Chef des Revierbergamtes Ministerialrat Dr. Pfeifer, der mit Freuden konstatierte, daß es zu Verhandlungen gekommen ist und die Hoffnung ausdrückte, daß die Ergebnisse der Verhandlungen derart sein werden, daß sie die Grundlage für die Beendigung des Bergarbeiterstreiks bilden können. Die Arbeitgeber beharrten auf ihrer anfänglichen Erklärung. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten, daß sie sich nicht prinzipiell einer Einigung widersetzen und sogar bereit wären, das Opfer einer bestimmten Lohnreduktion zu bringen, wenn ein Kollektivvertrag bis Oktober 1924 geschlossen würde. Die Arbeitgeber gingen auch auf diese Forderung nicht ein. Daraufhin machte Ministerialrat Dr. Pfeifer einen Vermittlungsvorschlag, demzufolge die Löhne um 13 Prozent herabgesetzt werden sollen und ein Kollektivvertrag bis Juni 1924 geschlossen werden soll. Die Arbeitgeber bekundeten ihre Bereitwilligkeit, sich mit der Lohnherabsetzung um 13 Prozent zufriedenzugeben, doch würden sie den Kollektivvertrag unter diesen Bedingungen nur bis März 1924 schließen.

In diesem Stadium wurden die Verhandlungen um 2 Uhr unterbrochen und werden in Prag fortgesetzt werden. Die Verhandlungen haben gezeigt, daß im Ostrau-Karwiner Revier eine Annäherung nicht ausgeschlossen ist. Zumindest wurden die Prinzipien vereinbart, auf deren Basis weiterverhandelt werden könnte.

Heute nachmittag fand eine Sitzung des Revierstreikausschusses statt, in der darüber verhandelt wurde, auf welche Weise es möglich wäre, Kohle für die Kokereien zu verschaffen, denen ein vollkommenes Erlöschen droht.

Delegierte der sozialistischen Internationale in Berlin.

Berlin, 3. Oktober. (Wolff.) Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Internationale, darunter verschiedene Engländer und der frühere schwedische Ministerpräsident Branting hatten heute nachmittags im Reichstagsgebäude Unterredungen mit den sozialdemokratischen Führern.

Die kommunistische Presse in Sachsen verboten.

Dresden, 3. Oktober. Der Militärbefehlshaber in Sachsen hat die gesamte kommunistische Presse Sachsens wegen Veröffentlichung eines Aufrufes der kommunistischen Zentrale ohne Befristung verboten. In der Begründung wird gesagt, daß der Aufruf Beleidigungen des Reichspräsidenten und der Reichsminister Hilferding und Sollmann enthielt. Demzufolge sind die gesamten komunistischen Blätter in Sachsen seit gestern nicht mehr erschienen.

Das bessere Teil der Tapferkeit ist Vorsicht.

Hitler wollte die bayrische Revolution von Innsbruck aus kommandieren.

Wien, 3. Oktober. Wie der „Tag" aus Innsbruck meldet, hat sich Hitler vor einigen Tagen in Tirol und Innsbruck aufgehalten. Nach der Ernennung Kahrs zum Diktator verließ Hitler mit seiner Familie schleunigst München, da er noch nicht wußte, wie sich Kahr zu den Nationalsozialisten stellen werde, und daher die Entwicklung der Dinge lieber aus der Ferne verfolgen wollte. Seine Anwesenheit wurde geheimgehalten. Wie es ihm gelingen konnte, über die Grenze zu kommen, ist nicht bekannt. Die Innsbrucker Nationalsozialisten veranstalteten Hitler, wenn auch hinter verschlossenen Türen, einen Empfang. Nach ganz kurzer Zeit konnte sich Hitler überzeugen, daß ihm in München keine Gefahr drohe, und kehrte dorthin zurück, während seine Familie in Tirol blieb.

v. Kahr: Der Geßler kann mich . . !

Berlin, 3. Oktober. (Eigenbericht.) Der Befehl des Reichswehrministers an den Kommandanten der Reichswehr in München, General Lossow, das Weitererscheinen des für das ganze Reich verbotenen „Völkischen Beobachters" zu verhindern, ist von diesem an das Generalstaatskommissariat weitergeleitet worden. Kahr denkt aber nicht daran, den Befehl auszuführen; er hat im Gegenteil dem „Völkischen Beobachter" erklärt, daß er eine solche deutschfeindliche Handlung nicht vornehmen wolle. Merkwürdigerweise ist es selbst im übrigen Deutschland, wo die Befehlsgewalt des bayrischen Diktators nicht hinreicht, noch nicht gelungen, das Erscheinen des „Völkischen Beobachters" zu verhindern. Selbst in Berlin unter den Augen der Regierung kann man das Hitlerorgan bei den Zeitungsverkäufern, besonders im Westen Berlins, fast überall kaufen.

Berlin, 3. Oktober. (Eigenbericht.) Die Bayrische Volkspartei hielt gestern eine Fraktionssitzung ab, die dem Generalstaatskommissär Kahr das Vertrauen der Partei aussprach. Die Pfälzer Sozialdemokraten haben Einspruch gegen die Regierungsmethoden des Generalstaatskommissärs erhoben und haben auch in München Schritte in dieser Richtung unternommen.

Ein Schmäher der Republik verhaftet.

Berlin, 3. Oktober. Der aus dem Beleidigungsprozesse des Reichspräsidenten bekannte Münchner Naturwissenschaftler Dr. Emil Gansser ist auf Befehl des Gruppenkommandos 3 in Berlin in Schutzhaft genommen worden. Seine Verhaftung erfolgte auf Antrag des Reichsinnenministers Sollmann. Gansser wird zur Last gelegt, daß er für den „Völkischen Beobachter" einen verhetzenden Artikel geschrieben habe, der schwere Angriffe gegen die Reichsregierung enthält.

Die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet.

Berlin, 3. Oktober. Aus Essen wird gemeldet, daß die vier Bergarbeiterverbände einen Aufruf an die Bergarbeiter der besetzten Gebiete erlassen haben, in dem sie auffordern, die Arbeit und Förderung sofort und in vollem Umfange wieder aufzunehmen. — Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" aus Düsseldorf erklärte der englische Vertreter in der Rheinlandskommission auf eine Anfrage, die Ablegung des Diensteides für die Regie werde seitens der Rheinlandskommission von den deutschen Eisenbahnern nicht gefordert.

Mainz, 3. Oktober. (Havas.) Hier ist das Gerücht im Umlauf, daß es den deutschen Eisenbahnern gelungen ist, am 1. Oktober einen vierteljährigen Vorschuß zu erhalten, welcher je nach der Arbeiterkategorie 30 bis 100 Milliarden ausmacht. Es wird hier betont, daß diese neue Verteilung von Unterstützungen an die Eisenbahner mit den Vorschriften im Widerspruche steht, die zwecks Einstellung des passiven Widerstandes erlassen wurden.

Eine Tschechokrone = 13 Millionen Mark

Ein Erfolg der Hakenkreuzlerei.

Berlin, 3. Oktober. (Eigenbericht.) Unter dem Einfluß der politischen Situation verschlimmern sich die Devisenkurse immer weiter. Der Dollar stieg heute von 320 auf 440 Millionen, das englische Pfund von 1,4 auf 2 Milliarden, der Schweizer Franken von 56 auf 78 und die Tschechokrone von 9,5 auf 13 Millionen.

6 Billionen Mark geraubt.

Berlin, 3. Oktober. (Eigenbericht.) Die Franzosen beschlagnahmten neuerdings an Geldern bei einem Boten der Zeche Boochstraße 1,2 Billionen, bei der Firma Krupp 800 Milliarden, auf der Zeche Bismarck 2 Billionen, auf der Gutehoffnung-Hütte 238 Milliarden, in der Wohnung des Eisenbahnschaffners Maiburg in Langendreer 1 Billion 344 Milliarden. Auf der Stadthauptkasse in Bochum 600 Milliarden.

Die Franzosen besetzen — die Deutschen zahlen.

Düsseldorf, 3. Oktober. (Havas.) Die Städte Düsseldorf, Essen, Dortmund, Witten, Hoerde und Bochum geben bekannt, daß sie die allfälligen, auf sie entfallenden Beträge der Kosten für die Besatzungstruppen zu zahlen beabsichtigen. — In Hattingen hat die gesamte Arbeiterschaft beschlossen, zur Arbeit zurückzukehren. — Die Vertreter der Grube „Amalie" erklärten, daß die Arbeiterschaft die Arbeit unter der Aufsicht der französischen Behörden aufzunehmen wünscht.

Ausland.

Bayern und das Reich.

Der Berliner „Vorwärts" äußert sich in der nachstehenden bemerkenswerten Weise über die bayrische Revolte gegen das Reich:

Ohne weiteres ist zuzugeben, daß ernste Gründe vorliegen, um eine Ueberreilung in bayrischen Angelegenheiten von Berlin aus zu vermeiden. Man soll die Dinge nicht so darstellen, als ob irgend jemand hier darauf brennen würde, den Konflikt Hals über Kopf bis zu den äußersten Konsequenzen zu treiben. Was aber jedermann, dem die Reichseinheit am Herzen liegt, von der Reichsregierung verlangen muß, das ist, daß sie in Vertretung ihres unantastbaren Rechtsstandpunktes eine vollkommene Festigkeit an den Tag legt, daß sie jenen Teil der bayrischen Bevölkerung, der treu zum Reiche steht, stützt und ermutigt und daß sie die Gewissen derer wachrüttelt, die hinter der Fahne des reaktionären Separatismus blind auf den Abgrund losrennen. Läßt die Reichsregierung diese Linie ihrer Politik klar in Erscheinung treten, vermag sie den Eindruck zu erwecken, daß sie zwar mit Ueberlegung und Geduld vorgeht, aber auch entschlossen ist, den Druck nötigenfalls soweit zu verstärken, daß der schließliche Erfolg gesichert wird, dann wird sie auch das Mißtrauen derer besiegen, die heute schon glauben, ihr Versagen feststellen zu können. Die Reichsregierung darf hier nicht versagen, sie hat die staatliche Ordnung im Sinne der Verfassung aufrechtzuerhalten und darf ihre Auflösung nicht dulden.

Tages-Neuigkeiten.

Schmock in Küstrin.

Schmock ist überall, er war auch in Küstrin. In hohem Auftrag — Schmock schreibt derzeit für die „Lidove Noviny" — nahm er, in seiner Weise, an dem Putsch von Küstrin teil. Das heißt: er kam nachher, aber dennoch — er war sofort dort, als er hörte, daß „was los" sei. Und dann telephonierte er an „sein" Blatt unter dem Signum E. E. K. (Egon Erwin Kisch hat dieselben Anfangsbuchstaben.) In furchtbarer Erregung telephoniert E. E. K. über den „Bürgerkrieg um Küstrin":

„Wie zwei Einschnitte in ein Nudelbrett, so schauen die Eisenbahnschienen aus."

Dann erzählt er — Schmock hat das Konversationslexikon im Kopf — über den sorbischen Ursprung der Festung. E. E. K. hört das Wort Küstrin — und sofort fällt ihm dessen sorbischer Ursprung ein. . . . Schmock langt in Küstrin an:

„Soldaten der Reichswehr fragen nach Ausweispapieren. „Lidové Noviny", sage ich. Sie ahnen vielleicht, daß es sich um etwas Besonderes handelt und salutieren, als ob sie Abonnenten wären . . ."

Wie fein, wie witzig! Und der Witz, so recht zur rechten Zeit! Das war halt eine Hetz' in Küstrin!

„Auf der Wiese gehen und wälzen sich einige hundert Soldaten friedfertig im Gras. Friedliche Soldaten, friedliebend im Gras."

Dann begegnet der glückliche Schmock einem Höckler namens Ludendorff — man beachte die zarte Anspielung auf Küstrin und Putsch — nun aber geht's los: Aufgeregte Gruppen, Kampfgespräche, Kordon:

„Die Lidové Noviny aber gelangten doch durch. Wir treten in blutige Lacken . . ."

All' das telephoniert E. E. K. sofort nach Brünn, an „sein" Blatt, das diese jämmerliche Schmockerei begeistert abdruckt. Das Nudelbrett, die sorbische Reminiszenz, die Reichswehr, die vor den „Lidove Noviny" salutiert, die blutigen Lacken — all das hat Raum im Blatt. Dieser E. E. K. ist der Stolz des Prager Literatentums. Seine Initialen sind unvergänglich, sie merken sich so leicht, weil einem immer und sofort der Egon Erwin Kisch einfällt, der sich natürlich solche hirnlose Verirrungen gewöhnlichster Pressemache niemals leisten würde. . . .

Für die Arbeitslosen im Bezirke Asch. Die Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei des Bezirkes Asch haben im Einvernehmen mit den dem deutschen Gewerkschaftsbund in Reichenberg angehörenden Gewerkschaftsorganisationen des Bezirkes Asch an die politische Bezirksverwaltung in Asch eine Eingabe gerichtet, in der sie folgende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Bezirke vorschlagen: Die politische Bezirksverwaltung habe sofort Vorkehrungen zur Verhinderung von Ueberstunden zu treffen, damit 5 bis 600 Arbeitslose Beschäftigung finden können. Das beste Mittel zur Erreichung dieses Zieles sei die Einsetzung eines aus Vertretern der Arbeiterschaft unter Hinzuziehung von behördlichen Organen zu schaffendes Komitees, das die Betriebe täglich kontrollieren würde. Die Strafgelder der Unternehmer wären für Notstandsarbeiten zu verwenden. Weiter sollen die Gemeinden angehalten werden, für Notstandsarbeiten größere Darlehen zur Verfügung zu stellen. Saison- und Bauarbeiter, die nur sechs Wochen im Jahre Arbeitslosenunterstützung beziehen, sollen bei diesen

Arbeiten so beschäftigt werden, daß sie nach vierwöchentlicher Beschäftigung immer 14 Tage auszusetzen haben, damit auch diese Kategorien von Arbeitern den vom Staate unterstützten Arbeitslosen in ihrer Lebenshaltung gleichkommen. Die Verfasser der Eingabe sprechen am Schlusse der Eingabe die Ueberzeugung aus, daß durch die vorgeschlagenen Maßnahmen sich alle anderen Unterstützungsaktionen als überflüssig erweisen werden. Sie erwarten daher auch, daß die Bezirksverwaltung in Asch sofort über diese Maßnahmen beraten und deren Durchführung beschleunigen wird.

„Völkische Schuhcreme". Daß es nicht nur völkische Hohlköpfe, völkische Radaubrüder und völkische Zünder, sondern auch völkische Schuhcreme gibt, beweist eine Notiz, die in der Tagesrubrik — nicht unter den Annonzen! — der gestrigen „Sudetendeutschen Tageszeitung" zu finden war:

> **Deutsche Volksgenossen!** 300.000 Kronen Mehreinnahme hätte der Bund, würden alle Deutschen nur Bundes-Wia-Schuhcreme kaufen. Welche Not könnte dadurch der Bund mildern helfen. Darum ergeht nochmals an alle Volksgenossen die Bitte, kaufet nur Wia-Schuhcreme und weiset alle anderen jüdisch-tschechischen Erzeugnisse zurück, dadurch wird jeder Kaufmann Bundes-Wiacreme kaufen müssen.

Daß die deutschnationale Presse so geschickt Nationalismus und Geschäft zu verquicken versteht, hätte man ihr gar nicht zugetraut! Jetzt fehlt nur noch das Bundes-W. C.-Klosettpapier.

Die Sittlichkeit der Hakenkreuzler. Das sozialdemokratische Parteisekretariat für Steiermark hat am Tage nach dem Tode des Genossen Hanusch, der bekanntlich Abgeordneter von Graz war, von einem Hakenkreuzler eine anonyme Korrespondenzkarte erhalten, die folgenden Inhalt hat:

> „Beste Glückwünsche zum Tode des Obergauners Hannisch, einen Haufen Dreck und den Dolch auf die Brust des verräterischen deutschen Schuftes. Heil uns!" 卐

Die „sittliche Tat" stellt sich den Telephonanrufen würdig zur Seite, die die Witwe Rathenaus nach der Ermordung ihres Mannes von hakenkreuzlerischer Seite über sich ergehen lassen mußte. Diese Kulturtaten richten sich selbst.

Terror der Hakenkreuzler an der Wiener Universität. In der Aula der Wiener Universität hatte der Sozialpädagogische Philosophenverein eine Auskunftsstelle für neu an die Universität kommende Studenten der philosophischen Fakultät errichtet. Diese Auskunftsstelle war vom Rektorat ausdrücklich zugelassen worden. Am Dienstag vormittags kam nun ein Trupp Hakenkreuzler zu dem Studenten, der den Dienst bei dieser Auskunftsstelle leitete, und erklärte ihm, daß er nicht weiter amtieren dürfe. Kurz vorher hatten die Hakenkreuzler bereits den Auskunftstisch des Vereines der Wiener Mediziner „geräumt". Als der Student beim Auskunftstisch des Sozialpädagogischen Philosophenvereines sich weigerte, der Aufforderung, die Aula zu verlassen, nachzukommen, wurde er von den Hakenkreuzern vom Tisch weggezerrt und aus der Aula hinausgeworfen. Der Rektor der Universität hat sich gegen diese Tat der Hakenkreuzler, die erklären, daß nur deutschvölkische Studenten die Universität besuchen dürfen, scharf ausgesprochen und den Vertretern der Sozialpädagogen volle Genugtuung versprochen. Es wurden Vorkehrungen getroffen, die neue derartige Hakenkreuzlertaten verhindern werden. — Am Anschlagbrett der Hochschule für Bodenkultur in Wien hat das Professorenkollegium und Rektorat der Hochschule für Bodenkultur einen Erlaß angeschlagen, in dem es sich gegen „die sittlich und wirtschaftlich unverkennbar schädigenden Auswüchse des Judentums auf die kulturelle Entwicklung der Menschheit" wendet. Das Professorenkollegium stellt mit Bedauern fest, daß es den „Numerus Clausus gegen die Angehörigen der jüdischen Rasse im Augenblick nicht einführen" kann. Es werde aber auf die „moralische Eignung der Anwärter zu geistigen Führern der deutschen Studentenschaft strengster Bedacht" nehmen. Es muß abgewartet werden, wie sich die Dinge an der Wiener Hochschule für Bodenkultur nach diesem auffallenden Vorstoß des Professorenkollegiums in der Rassenfrage weiter entwickeln werden.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Köflach. Bei den letzten Wahlen wurden in Köflach (Steiermark) acht sozialistische und acht bürgerliche Gemeindevertreter gewählt. Dieser Zustand war nun den herrschsüchtigen Bürgerlichen unerträglich und sie verstanden es, Neuwahlen zu provozieren, aus denen sie als Sieger hervorzugehen hofften. In ihren Hoffnungen sehen sich die Bürgerlichen nun bitter enttäuscht. Denn bei den am Sonntag stattgefundenen Wahlen erhielten die Sozialdemokraten 791 Stimmen und acht Mandate, die Bürgerlichen 832 Stimmen und natürlich gleichfalls acht Mandate. Es ist das Kräfteverhältnis das gleiche geblieben. Trotz der niederträchtigsten Verleumdungen haben unsere Genossen in Köflach also nicht nur ihre Stärke behauptet, sie konnten sogar nach 61 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl erringen. Jedenfalls ein gutes Vorzeichen für die am 21. d. M. in Oesterreich stattfindenden allgemeinen Wahlen.

Das Ende eines christlichsozialen Nationalratskandidaten. Josef Mlcoch, der bei den letzten Wahlen in Oesterreich christlichsozialer Kandidat war, verbringt diesmal die Wahlbewegung in der Untersuchungshaft des Wiener Landesgerichtes, weil er den Allgemeinen Staatspensionistenverein, dessen Präsident er war, völlig ausgeplündert hat. Da nun die anderen Vorstandsmitglieder den Mlcoch zumindest durch Passivität unterstützt haben, mußte die Vereinsbehörde eine provisorische Vereinsleitung einsetzen. Freitag erstattete diese Leitung einer Generalversammlung des Vereines Bericht. Sie teilte mit, daß sie als Vereinsvermögen ganze — fünfzig Heller vorgefunden habe. Das Ergebnis aller Sammlungen, die im Jahre 1921 bereits 53 Millionen ergeben haben, sowie die 40 Millionen, die aus Hausverkäufen stammten, seien verschwunden oder in Geschäfte gesteckt worden, die mit 50 Millionen Schulden endeten. Es wurde von der Versammlung ein neuer Zentralausschuß gewählt. Mlcoch sowie die früheren Vizepräsidenten Anthsried, Fischer und Meixner wurden aus dem Verein ausgeschlossen.

Wegen Zertrümmerung eines Denkmalentwurfes — freigesprochen! Wie noch erinnerlich sein wird, wurde seinerzeit in Wien der von Professor Lichtblau geschaffene Denkmalsentwurf für die Auslandshilfe mit dem ersten Preise ausgezeichnet. Da dieser Entwurf dem byzantinisch-monarchistischen Sinne der „Neuen Freien Presse" nicht entsprach, begann dieses Blatt damals ein unerhörtes Kesseltreiben gegen Professor Lichtblau. Diese Angriffe hatten zur Folge, daß der zur allgemeinen Besichtigung ausgestellte Denkmalentwurf von einem gewissen Otto Aufhauser zertrümert wurde. Otto Aufhauser nennt sich fälschlich Architekt und bekennt sich als Monarchist. Dieser Tage hatte er sich nun vor Gericht wegen seines Bubenstreiches zu verantworten, und wurde, obzwar er die Tat eingestand, freigesprochen. Der Angeklagte versuchte nämlich vor Gericht zu beweisen, daß er den Denkmalentwurf nur angestoßen habe, zertrümmert hätte ihn dann ein anderer. Der Angeklagte hatte nun das Glück, auf einen Richter zu stoßen, der diese nachträgliche Ableugnung für bare Münze nahm und ihn freisprach. Bei der Verhandlung führte der Vertreter des Professor Lichtblau aus, daß die Kampagne der „Neuen Freien Presse" nichts anderes als ein Racheakt des Oberbaurates Professor Bauer gewesen sei, der seinerzeit als Professor der Akademie abgesägt wurde. Bauer, der jetzt Kandidat der Czerninpartei ist, habe mit der Kampagne eine persönliche Rache an seinem Nachfolger vollführen wollen. Die Begründung des Freispruches, der jeden rechtlich denkenden Menschen sonderbar anmuten muß, führt aus, daß der Angeklagte den Stoß gegen das Modell „nicht in boshafter Absicht" geführt habe, sondern daß er nur seinem Unmut über den Entwurf Ausdruck geben wollte. Weiter war das Gericht auch der Ansicht, daß das Modell nicht eine Sache von Vermögenswert sei!

Schweizer Auswanderer nach Rußland. Der Oberste russische Volkswirtschaftsrat in Moskau hat den schweizerischen Auswanderern acht Güter in verschiedenen Gubernien Sowjetrußlands zur Verfügung gestellt. Nun ist am 2. Oktober der frühere kommunistische Nationalrat Fritz Platten mit 20 Auswanderern nach der Gubernie Simbirsk abgereist. Diese Truppe bereitet den Weg den weiteren Auswanderern vor.

Grubenkatastrophe in Belgien. Aus Mons wird gemeldet: In den hiesigen Gruben ereignete sich eine Kohlengasexplosion. Bisher sind 5 Tote festgestellt worden.

Ein Kirchenstreik in Konstantinopel. Der anatolische orthodoxe türkische Führer Papaistime drang in Konstantinopel in den Sitz des heiligen Synod ein und erzwang die Proklamation betreffend die Absetzung des Patriarchen Melestia. Sechs Erzbischöfe, darunter die Erzbischöfe von Warna und Belgrad, sind ausgewiesen worden.

Luftpostdienst New York-London. Reuter meldet aus St. Louis: Kontreadmiral Moffett, der Leiter des Luftdienstes der amerikanischen Flotte, teilte mit, daß das Luftschiff „Z. R. III" nach seiner Vollendung für den Luftpostdienst zwischen New York und London verwendet werden solle. Jede Reise würde zwei Tage in Anspruch nehmen.

Erdbeben auf der Insel Formosa. Durch ein Erdbeben wurden am 29. September in Kaido an der Ostküste von Formosa beträchtliche Schäden an Gebäuden angerichtet. Auch Menschenopfer dürften zu verzeichnen sein. (Die Insel Formosa liegt etwa 1000 Kilometer südlich der japanischen Inseln und gehört zu Japan.)

Japans Wiederaufbau. Aus Tokio wird gemeldet: Maßgebende Persönlichkeiten des japanischen Handels kündigen an, sie würden die Hauptstadt schöner als je wieder aufbauen. Es wird auf den Wiederaufbau von San Franzisko nach der Katastrophe von 1916 hingewiesen. Nach einer Meldung von Associated Preß gibt eine Anzahl ausländischer Unternehmungen bekannt, daß sie Tokio und Yokohama entweder ganz verlassen oder nur Zweigniederlassungen dort unterhalten wollen, während die Zentralen nach Osaka oder Kobe verlegt werden sollen. Die Regierung, die sich in Osaka befindet, hat, wie verlautet, beschlossen, alle Budgetüberschüsse bis 1925, die sich auf 360 Millionen Yen belaufen dürften, für Wiederaufbauarbeiten zu verwenden. Finanzminister Inouyl teilt mit, daß man wegen Aufnahme einer Auslandsanleihe für Wiederherstellungszwecke noch keinen Beschluß gefaßt habe, daß aber an die Aufnahme einer solchen Anleihe geschritten werden wird. In Tokio sind inzwischen die Räumungsarbeiten in vollem Gange. Die Zahl der bei der Erdbebenkatastrophe Getöteten, Verwundeten und Verletzten beträgt endgültig 1,356.749 Menschen. Tokio selbst steht unter Kontrolle der Truppen, Beobachtungsballone hängen über der Stadt. Bisher sind 60.000 Leichen durch die Behörden von Tokio verbrannt worden. In Yokohama ist ein Viertel der Bevölkerung, 110.000, bei dem Erdbeben zugrunde gegangen. Die amerikanische Sammlung des Roten Kreuzes für Japan hat fünf Millionen Dollar überschritten.

Eine neue Mordwaffe. „Giornale d'Italia" berichtet aus Genua, daß es nach langem Studium gelungen sei, einen Unterseeboottyp zu entwerfen, der allen anderen Gattungen an Schnelligkeit und Kraftleistung überlegen sein wird, wodurch Italiens unbedingte Ueberlegenheit in den gesamten Unterseewaffen gesichert erscheint.

Schwerer Fliegerunfall bei Eger. Am Samstag ist in der Nähe von Oberschön bei Eger ein mit zwei Militärfliegern besetzter Doppeldecker abgestürzt. Die Flieger mußten infolge eines Motordefektes zu Boden gehen, wobei der Aparat mit einer solchen Wucht auf den Boden aufstieß, daß er vollständig in Trümmer ging. Die Flieger haben sehr schwere Verletzungen erlitten.

Internationale Hilfeleistung bei Elementarkatastrophen. Die deutsche Völkerbundliga in der tschechoslowakischen Republik teilt mit: Der Präsident des italienischen Roten Kreuzes, Senator Ciraolo, hat den Anlaß zu einem Hilfeplan gegeben, der den Völkerbund in nächster Zeit beschäftigen wird. Der Völkerbundrat hat am 1. September 1922 sein Generalsekretariat beauftragt, unter Berücksichtigung einer Heranziehung der Roten Kreuz-Organisationen einen Bericht auszuarbeiten. Dieser Aufgabe hat sich nun das Generalsekretariat entledigt und erstattet dem Völkerbunde einen genau ausgearbeiteten Vorschlag. Alle Völkerbundmitglieder bilden eine Föderation mit dem Sitze in Genf: auch Nichtmitgliedstaaten können jederzeit beitreten. Ihr Zweck ist, alles vorzukehren, um im gegebenen Falle dem Staate helfend beizuspringen, der von einer Elementarkatastrophe betroffen wird, die es dem Einzelstaat unmöglich macht, mit normalen Mitteln der Katastrophe und ihrer Folgen Herr zu werden. Die Föderation steht unter dem Schutze des Völkerbundes und ist ihm angegliedert; im übrigen ist sie in technischer Hinsicht autonom. Ihre Organe sind die jährlich zusammentretende Vollversammlung, ein technisches Zentralbureau und die nationalen Exekutivorgane in den einzelnen Staaten. Im Notfalle übernimmt der Völkerbund die Aufgaben der Vollversammlung, wenn diese nicht tagt. Dem Generalsekretariat des Völkerbundes ist ein beachtender Wirkungskreis zugedacht.. Das technische Zentralbureau ist der Zentrale des Roten Kreuzes in Genf eingegliedert und bildet sozusagen den Generalstab der Hilfsarmee im Falle einer Katastrophe, hat aber auch alle vorbereitenden Arbeiten zu besorgen. Die Durchführung des Hilfsdienstes ist den Roten Kreuz-Orgnisationen der einzelnen Staaten übertragen, die die Kaders für das Hilfspersonal aufzustellen und zu schulen und die erforderlichen Materialdepots einzurichten und zu verwalten haben. Die Roten Kreuz-Organisationen der dem von der Katastrophe betroffenen Lande benachbarten Staaten haben ebenfalls einzugreifen. Die Art der Deckung der finanziellen Bedürfnisse ist im einzelnen genau geregelt; es sollen besondere Fonds in den einzelnen Staaten und ein Zentralfond bestehen, der durch jährliche Beiträge der einzelnen Staaten zehn Prozent des Betrages, den die Mitglieder des Völkerbundes jährlich zu leisten haben, oder entsprechende Summen der Nichtmitglieder sowie durch freiwillige Spenden von Menschenfreunden und philantropischen Organisationen gebildet wird.

Acht Jahre in Kriegsgefangenschaft. Der 30jährige Schuhmacher Heß ist nach acht Jahren russischer Gefangenschaft in seinen Heimatsort Michelob bei Saaz zurückgekehrt. Heß erzählt, daß er sehr viele Briefe während der acht Jahre nach Hause geschrieben habe. Aber keiner dieser Briefe kam an die Adressaten. In Rußland, und zwar in der Gegend, in der er sich aufgehalten habe, seien noch sehr viele Kriegsgefangene, speziell aus dem nördlichen Böhmen.

Beim Schaukeln tödlich verunglückt. In Alt-Seidenberg in Preußisch-Schlesien stürzte der 18jährige Schuhmachergehilfe Alfred Vogel aus einer Luftschaukel und fiel mit dem Kopfe auf die Drehorgel. Dem Unglücklichen wurde die Hirnschale zertrümmert. Er starb nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Selbstmord. In Olmütz hat der Zahntechniker Izak, einer der populärsten und beliebtesten Fußballspieler dieser Stadt, am Montag vormittags einen Selbstmordversuch begangen. Izak, der jahrelang beim SK. Olomouc als Tormann tätig war, erklärte dem Offizier, der ihm den Verband anlegte, daß er aus Lebensüberdruß sich angeschossen habe. Izak ist einige Stunden nach der Tat seiner Verletzung erlegen. Nach einer anderen Version soll er den Selbstmord wegen Furcht vor dem Militärdienste, zu dem er am Montag früh eingerückt ist, begangen haben.

Durch Starkstrom getötet. Der Grundbesitzerssohn A. Wanitschka in Drebuschov bei Zechnitz kam, als er das elektrische Licht im Hofe ausschalten wollte, durch eigene Unvorsichtigkeit mit der Hochspannleitung in Berührung und wurde sofort getötet.

Entdeckung eines neuen Kohlenlagers in Rußland. In der Gegend von Bertschogurjk im Orenburger Gouvernement wurde ein Steinkohlenlager entdeckt. Das Lager wird auf 30 Millionen Pud geschätzt. Der kirgisische Industrieausschuß wird in der nächsten Zeit an die Förderung herantreten.

Witterungsübersicht am 3. Oktober. Der erste Ausläufer nördlicher barometrischer Depression brachte Dienstag in der Republik überall Regen, dessen Ergiebigkeit von Norden nach Süden abnahm. Größte Niederschlagshöhe hatte Nachod und Trautenau 11 Millimeter, Schneekoppe 13 Millimeter. Starker Westwind erniedrigte die Nachmittagstemperatur in Böhmen unter 20 Gr. C., das Tagesmittel ist aber noch übernormal. In der südlichen Slowakei ist Erwärmung eingetreten, Dala meldet 25 Gr. C. Kalter Luftstrom wurde von Mitteleuropa abgelenkt, da die nördliche Depression dem Winde inzwischen eine mehr südwestliche Richtung gegeben hat. Dieses Tiefdruckgebiet zieht gegen Süden begleitet von ausgebreiteter Regenzone und kaltem Wind auf der nördlichen Seite. — Wahrscheinliches Wetter am 4. Oktober: Vorwiegend bewölkt, zeitweise Regen, Nordwestwinde.

Prager Chronik.

Automatische Uhrenregulierung in Groß-Prag.

Nach einer Meldung des Regierungsblattes hat sich in Prag in der letzten Zeit eine Gesellschaft gebildet, die nach dem Muster anderer Großstädte eine automatische Uhrenregulierung in Groß-Prag durchführen will. Im Prager astronomischen Institut soll eine nach der mitteleuropäischen Zeit kontrollierte Uhr eingestellt werden, die mit einer in den Räumlichkeiten der Gesellschaft etablierten Mutteruhr in Verbindung stehen wird. An diese Uhr werden dann sämtliche Uhren der angemeldeten Abonnenten angeschlossen und automatisch auf elektrischem Wege reguliert werden. Die Regulierung wird alle vier Stunden erfolgen, so daß die Präzision jeder angeschlossenen Uhr garantiert erscheint. An die angeführte Mutteruhr sollen auch, falls die Gemeinde Prag ihre Zustimmung gibt, sämtliche öffentlichen Uhren Groß-Prags angeschlossen werden.

*

Aus dem Polizeibericht.

Der Etablissementbesitzer Karl H. und seine Geliebte F. B. entfernten sich gestern abends aus ihrer Wohnung in Prag-Holeschowitz Nr. 18 und ließen ihr vier Monate altes Töchterchen Karoline ohne Aufsicht zurück. Als sie um Mitternacht zurückkehrten, fanden sie das Kind erstickt unter einem Polster vor, den es über seinen Kopf gezogen hatte. — Dieser Tage wurde der obdach- und beschäftigungslose 26jährige Johann Satalik wegen verschiedener Wohnungsdiebstähle verhaftet. Satalik sprach bei Wohnungsvermietern vor, ließ sich die zu vermietenden Räumlichkeiten zeigen und bat hierauf den Eigentümer um die Erlaubnis, in dessen Wohnung seiner Frau über das Ergebnis seiner Wohnungssuche eine kurze schriftliche Mitteilung machen zu können. In der Abwesenheit des Wohnungsvermieters entwendete er dann aus dem Zimmer, was ihm in die Hände fiel. Satalik gestand, 26 solcher Wohnungsdiebstähle verübt zu haben. Sein Komplize, der 21jährige Jaroslaw Rejlek, der ihm hiebei des öfteren behilflich war, wurde ebenfalls verhaftet. — In der Nacht auf gestern wollten fünf Personen aus dem städtischen Gefangenhaus „Pod Slovany" entfliehen. Die Flucht wurde jedoch bemerkt und die Flüchtenden wurden festgenommen. — Bei einem Neubau in Prag-Weinberge stürzte gestern der Maurer Anton Zatka von einem Gerüst und erlitt schwere Verletzungen auf dem Kopfe. — In einer Garage in Michle explodierte gestern eine Benzinkanne, wobei die Kleider des Chauffeurs Bonneta in Brand gerieten. Obwohl Arbeiter dem Bonneta die brennenden Kleider sofort vom Körper rissen, erlitt er schwere Brandwunden.

Aus Natur und Technik.

Der Riese unter den Kräutern. Die größte aller bekannten Krautpflanzen ist der in Sumatra heimische, der Gattung der knolligen Arazeen angehörende Amorphophallus. Ein aufrecht stehender Mann kann kaum die Spitze der Pflanze mit den Fingerspitzen erreichen und hat Mühe, den halben Umkreis des rohrartigen Stengels mit offenen Armen zu umspannen. Der Geruch der dunkelvioletten Blüte ist kaum erträglich; er stellt eine Mischung von verfaultem Fisch und verbranntem Zucker dar. Aus der Mitte der rasch wachsenden Pflanze schießt der Stengel bis zu einer Höhe von vier bis fünf Meter empor und treibt drei Meter lange Blätter, der wie die Haut einer Schlange gefleckte Kolbenstiel wird über einen Meter lang, und das die 70 bis 80 Zentimeter lange, dunkelviolette Blütenscheide überragende kegelförmige Kolbenende erreicht eine Länge von 1,3 Meter. Die wie ein junger Baumstamm aussehende Pflanze ist in Wahrheit ein Krautgewächs, das nur ein einjähriges Leben hat.

Eine neue ansteckende Krankheit. Aus Washington wird gemeldet: Ueber die ganzen Vereinigten Staaten, berichtet das Public Health Servi (Amt für öffentliche Gesundheitspflege), vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean, hat sich neuerdings eine ansteckende Krankheit verbreitet, die man Tularemia genannt hat. Vor fünf Jahren kannte man sie nur aus den Weststaaten, besonders aus Utah. Jetzt ist sie auch im Osten, in Cincinnati, in Ohio, in Nord-Karolina und anderwärts aufgetreten. Sie scheint hauptsächlich durch Kaninchen verbreitet zu werden und befällt besonders die Marktleute, die mit Kaninchen handeln, ist aber auch an Eichhörnchen, Mäusen und anderen Nagetieren festgestellt worden. Sechs Gelehrte, die sich mit der Erforschung der Krankheit befaßten, sind angesteckt worden, darunter Dr. Edward Francis, der mit der Leitung der Untersuchungen betraut war. Die Krankheit beginnt mit starkem Fieber, das drei Wochen dauert, dann folgt eine Rekonvaleszenz von zwei Monaten. Todesfälle sind wenig vorgekommen. Die Hauptzeit der Krankheit scheint die Mitte des Sommers zu sein. Als Erzeuger der Seuche ist ein Mikrob festgestellt worden, den man Bacterium tularense genannt hat. Die Krankheit wird übertragen durch blutsaugende Fliegen, die sich in Ställen finden, auch durch Bettwanzen und andere Parasiten, durch Flöhe der Eichhörnchen, Läuse an Mäusen und anderen mehr, entweder dadurch, daß diese Insekten stechen, oder daß der Ansteckungsstoff durch kleine Wunden und Risse in die Hände derjenigen eindringt, die mit Kaninchen, Eichkätzchen und derartigen Tieren zu tun haben.

Kleine Chronik.

Beim Führer der Aufständischen in Spanisch-Marokko. Dem Korrespondenten der „Times" ist es geglückt, Abdul Krim, dem Anführer der Rifbewohner in ihrem Streit gegen Spanien, einen Besuch abzustatten. In Gesellschaft eines arabischen Dolmetschers wurde er von drei Mauren bei seiner Landung an einem einsamen Küstenpunkt Marokkos bergaufwärts nach Aidir geleitet, das zugleich Hauptstadt und Hauptquartier der „Rebellen" ist. Aidir hat ungefähr 2000 Einwohner, die in Lehmhütten wohnen. Die Wohnung Abdul Krims ist von einer Mauer umgeben und wird von bewaffneten Soldaten bewacht, die über deutsche Mausergewehre und Kriegsgeräte verfügen, die sie von den Spaniern erobert haben. Nachdem er an einer Oeffnung der Mauer zwei Stunden gewartet hatte, wurde der Journalist in Abdul Krims Arbeitszimmer zugelassen, einen langen, kahlen Raum, der den sonst in Aidir ungekannten Luxus eines Tisches und dreier Stühle aufwies. An den Wänden hingen spanische Kriegslandkarten. Abdul Krim ist ein Mann von etwa vierzig Jahren, mit durchdringenden Augen, im übrigen von sanftem, fast femininem Gesichtsausdruck. Vor der Katastrophe bei Melilla im vorigen Jahre bekleidete er einen unbedeutenden Posten in spanischen Diensten, wurde aber wegen seiner Unzuverlässigkeit und Intrigen von den Spaniern gefangengesetzt. Er entkam jedoch und verstand durch militärische Fähigkeiten das Vertrauen von drei oder vier Stämmen zu gewinnen, mit welchen er die Spanier immer wieder angriff. Seine letztjährigen Erfolge gewannen ihm auch die Anhängerschaft der anderen Stämme, so daß er jetzt über etwa 400.000 Mann in seinem Krieg gegen die Spanier verfügt. Keineswegs ist er jedoch Sultan oder anerkannter Herrscher außer in Militärsachen. Die Rifbewohner bezeigten keinerlei Neigung, sich einer zentralisierten Beherrschung zu unterwerfen oder eine Art Rif-Republik zu stiften. Abdul Krim soll seinen Bruder Mohammed nach Europa und Kleinasien geschickt haben, um die Sache der Rifbewohner bekannt zu geben und die Hilfe der Türken zu erlangen. Der einzige Beamte, der einen in Europa bekannten Titel führt, ist der „Kriegsminister", der das Recht hat, nebensächliche Beschlüsse zu unterzeichnen, auch ohne Wissen der beiden Brüder Krim; dieser Beamte machte auf den englischen Korrespondenten den Eindruck wüster Grausamkeit. Abdul Krim teilte mit, daß das Land genügend Getreide liefere, um die Bevölkerung zu ernähren; jeder männliche Einwohner ist verpflichtet, seine Zeit in Kriegsdienst und Ackerbau einzuteilen. Für Handel mit Europa und Schiffahrt besteht noch kein Interesse, solange die Spanier nicht von Tetuan bis Melilla vertrieben sind.

Ein Volk, das nicht bis drei zählen kann. Es gibt ein Volk auf der Erde, das im wahrsten Sinne des Wortes nicht bis drei zählen kann. Es sind dies die Botokuden, jenes auf tiefster Kulturstufe stehende südamerikanische Indianervolk. Die Botokuden besitzen tatsächlich nur zwei Zahlwörter, nämlich mokenam für die Zahl eins und muhu für jede über eins, gleichviel wie groß sie ist. Während es vielleicht sehr schwer sein möchte, Kants „Kritik der reinen Vernunft" ins Botokudische zu übersetzen, hat es hiernach keine Schwierigkeit, unser Einmaleins von „ein mal eins ist eins" an bis „Hundert mal hundert ist zehntausend" oder noch weiter ins Botokudische zu übersetzen. Die Uebersetzung würde mit „mokenam mal mokenam ist mokenam, mokenam mal muhu ist muhu" beginnen, und darauf würde eine fortschreitende Wiederholung der inhaltsschweren Regel „muhu mal muhu ist muhu", d. h. viel mal viel ist viel" folgen müssen. Ob nicht unsere Kinder, die das Einmaleins lernen, die botukudischen Kinder beneiden werden, wenn sie hören, daß das Einmaleins nur aus drei Gedächtnisregeln besteht?

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Das neue Dienstvertragsgesetz und die Güterbeamtenschaft.

Aus Kreisen der Güterbeamten wird uns geschrieben: Der Entwurf zu einem neuen Dienstvertragsgesetz für die Angestelltenschaft ist den zuständigen Organisationen zur Begutachtung übermittelt worden. Er hat die schärfste Kritik gefunden. Diese Kritik wird vielleicht verständlich, wenn die Vorgeschichte des Entwurfes kurz bekanntgegeben wird.

Die Angestelltenschaft kämpft seit langem leidenschaftlich um ein einheitliches Angestelltenrecht. Vor Monaten nun hat das Fürsorgeministerium diesem Drängen endlich nachgegeben, einen Entwurf ausgearbeitet und diesen den — Handelskammern zur Begutachtung überlassen. Die Angestelltenorganisationen wurden übergangen und die „Begutachtung" des Entwurfes war eine solche, daß sich das Ministerium für soziale Fürsorge genötigt sah, den Entwurf zurückzunehmen und das Justizministerium wurde zur Ausarbeitung eines zweiten Entwurfes beauftragt. Dieser zweite Entwurf weicht von den berechtigten Forderungen der Angestelltenschaft noch weiter ab wie der erste, und so ist der Unwille der Angestellten über den Entwurf erklärlich.

In dem Entwurf wird zum erstenmale das Bestreben erkenntlich, die Angestellten aller Berufszweige sozialpolitisch in einem Gesetz zu umfassen. Die Hütten- und Bergbeamten, sowie die Güterbeamtenschaft haben noch heute Schutzgesetze, die ihrer beruflichen Eigenart angepaßt sind. Auch diese zwei Angestelltenkategorien sollen nun ihrer Sonderstellung verlustig werden und hier ist die Frage zu untersuchen, ob vor allem die Güterbeamten diesem, dem einheitlichen Angestelltengesetz nahekommenden Entwurf ihre Zustimmung geben können oder denselben abzulehnen haben.

Die Güterbeamten haben bereits ein eigenes Gesetz. Und bei Betrachtung des alten, reformbedürftigen Gesetzes muß gesagt werden, daß dieses gegenüber dem neuen Dienstvertragsgesetzes wesentlich günstigere Bestimmungen enthält, wie überhaupt der Referentenentwurf sehr oberflächlich den sozialen Schutz der Güterbeamtenschaft regelt. Eine Verschlechterung des geltenden Güterbeamtengesetzes ist wohl undenkbar und werden z. B. die Kündigungsbestimmungen u. a. m. vom Güterbeamtengesetz in das neue Dienstvertragsgesetz ganz einfach übernommen, dann ist auch die Einheitlichkeit der sozialen Schutzgesetzgebung zerrissen. Im Prinzip muß für das einheitliche Angestelltenrecht eingetreten werden, aber in das Gesetz darf nicht der Keim der verschiedentlichen Interpretation hineingelegt werden. Die eine Angestelltengruppe wird es z. B. schwer begreifen, daß die andere Kategorie weit günstigeren Kündigungsbestimmungen unterliegt als sie selbst. Verschiedene Angestelltengruppen kämen so in den Genuß eines sozialen Vorrechtes und die Angestellten müßten sich bei der Gesetzwerdung des neuen Entwurfes als Angestellte erster, zweiter oder gar dritter Güte fühlen.

Schon die Eigenart der Dienstverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten und Beamten müßten dem Gesetzgeber sagen, daß eine Schablonisierung die soziale oder wirtschaftliche Besserstellung nicht zur Folge haben kann. Die Güterbeamtenschaft strebt nach keiner Bevorzugung gegenüber den anderen Angestelltenkategorien, sie fordert lediglich die Sicherung des Existenzminimums und zwar für alle in Forst- und Landwirtschaft tätigen Angestellten und Beamten. Der neue Entwurf spricht — so wie das alte Güterbeamtengesetz — nur von Angestellten in höherer Dienstleistung, somit würde die große Masse der niederen Angestelltengruppen als bessere Hilfsarbeiter qualifiziert und käme in die Gefahr des Verlustes der Ruhegenüsse u. a. m.

Im Entwurf des neuen Dienstvertragsgesetzes für Angestellte sind acht Paragraphe enthalten, die dem Güterbeamtengesetz entnommen worden sind. Diese Paragraphe müssen als Sonderbestimmung bezeichnet werden und diese sprechen schlechtweg von Angestellten auf land- und forstwirtschaftlichem Betrieb. Da das neue Angestelltengesetz am Tage seiner Sanktion in Kraft tritt und bis dorthin immerhin eine geraume Zeit verstreichen dürfte, frägt sich die Güterbeamtenschaft mit Recht: Was geschieht mit jenen Angestellten, die in dieser Zeit infolge der fortschreitenden Zerstückelung des Großgrundbesitzes von ihren Dienstorten verdrängt werden?

Ueber diese für die Güterbeamtenschaft lebenswichtigen Frage wird im Entwurf des Justizministeriums nicht ein Wort gesagt. Vielleicht wurde bei Schaffung des Entwurfes des Entschädigungsgesetzes vom 8. März 1922, Zl. 329, bezw. der Durchführungsverordnung zu § 75 des eben erwähnten Gesetzes gedacht. Nun ist aber gerade die in der Durchführungsverordnung vorgesehene Entschädigung für die mittleren und niederen Angestelltenschichten gänzlich unzureichend, deshalb ist auch dieses Gesetz der Bringer der sozialen Verelendung für tausende Menschen.

Die Güterbeamtenschaft kann sich nur dann mit den Bestimmungen des neuen Entwurfes befreunden, wenn eine Novellierung aller jener Gesetze vorgenommen wird, die die Lebensmöglichkeit der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten gewährleisten, die durch die Bodenreform um Brot und Arbeitsplatz kamen, die die Frage der Versorgungsgenüsse der ehemaligen Bediensteten des Großgrundbesitzes regeln. Das sind zwei Kardinalforderungen und nur deren vollständige Erfüllung kann Voraussetzung dafür sein, die Güterbeamten in das neue Angestelltengesetz einzubeziehen.

Setzen sich die Gesetzesmacher über diese Tatsachen hinweg und pressen sie die Güterbeamtenschaft gewaltsam in ein formloses Gesetz, dann würde diese Angestelltenschichte um den Großteil ihres bisherigen sozialen Rechtes beraubt. Nicht Standesdünkel, sondern die berufliche Eigenart ist es, die gebieterisch die weitgehendste gesetzliche Auslegung des Rechts- und Pflichtenkreises für die forst- und landwirtschaftlichen Angestellten fordert.

Für die Güterbeamten ist die Novellierung des bestehenden Güterbeamtengesetzes das Gebot der Selbsterhaltung!

Internationaler Kongreß der Lebensmittelarbeiter-Verbände.

Der Kongreß wurde am 30. September in Brüssel von Wilhelm, Präsident der Union, mit einer Begrüßung eröffnet. Begrüßungsansprachen hielten außerdem Lauwers, Sekretär des Belgischen Lebensmittelarbeiterverbandes, De Blamynck, Sekretär des Belgischen Gewerkschaftsbundes und Kroll Vertreter des Russischen Lebensmittelarbeiterverbandes. Das Büro wird bestellt aus Wilhelm-Schweiz Präsident, Lauwers-Belgien Vizepräsident, Ormianer-Schweiz und Heckters-Belgien Schriftführer. Vertreten sind 52 Delegierte, die 23 angeschlossenen Landeszentralen angehören.

Der Kongreß schreitet nach Erledigung der Geschäfte administrativer Natur zu der definitiven Aufnahme der Verbände, die sich seit dem Kongreß in Zürich 1920 angemeldet haben. Ohne jede Diskussion werden zehn Verbände aufgenommen. Opposition wird gegen die Aufnahme des russischen Verbandes, des bulgarischen Verbandes und des Molkereiarbeiterverbandes Dänemark erhoben. Die Debatte am Sonntag war ausschließlich der Aufnahme der der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Verbände der Länder, in denen keine andere als dieser Internationale angeschlossenen Landeszentralen bestehen, gewidmet. Hierzu liegt ein Antrag des Unionsvorstandes vor, der besagt, daß die Anerkennung der Statuten der Union Vorbedingung ist. Die Statuten sollen aber vorher eine Interpretation dahin erfahren, daß jede Zellenbildung innerhalb der Union, jede Bildung besonderer Zentralstellen und die Herausgabe eigner Publikationsorgane internationalen Charakters den Ausschluß der betreffenden Organisationen nach sich zieht. Der Ausschluß soll in allen genannten Fällen vom Vorstand vorgenommen werden können. Die Diskussion zeichnete sich durch größte Sachlichkeit aus. Bei der ersten Abstimmung, die nur eventuell ist, erhält der Antrag des Unionsvorstandes 34 Stimmen, für die bedingungslose Aufnahme werden zehn Stimmen abgegeben. Dieser Eventuellabstimmung folgt eine längere Diskussion. Verlangt wurde eine klare Erklärung der russischen Genossen. Die russischen Kollegen weichen dieser aus. In der Hauptabstimmung erhielt ein Antrag der holländischen Verbände auf Nichtaufnahme 20 Stimmen. Auf den Antrag des Unionsvorstandes, Aufnahme mit genauer Interpretation der Statuten und Einräumung des Rechtes des Ausschlusses durch den Vorstand bei Verletzung der Statuten, entfallen 22 Stimmen.

Die Verhandlungen werden am Montag, den 1. Oktober fortgesetzt.

Die Lehren der Gemeindewahlen für die Gewerkschaften. Der „Internationale Metallarbeiter" befaßt sich in einem Leitaufsatz mit dem Ergebnis der Gemeindewahlen und gelangt zu folgenden Schlüssen: „Das Resultat der Gemeindewahlen hat die Vergeßlichkeit der Arbeiter aufgezeigt und unseren Klassenfeinden neuen Ansporn für ihre schädliche Arbeit gegeben. Mehr noch als bisher wird in den nächsten Wochen und Monaten der Kampf gegen die freien Gewerkschaften geführt werden, um dieses letzte Bollwerk der Arbeiterschaft zu zerrütten. Den anstürmenden Feinden müssen alle klassenbewußten Gewerkschaftler nun entgegentreten, die Angriffe zurückweisen und parieren und gleichzeitig die Müden, Verdrossenen, die Zweifler und Schwankenden, in den eigenen Reihen aufrichten und mit neuer Zuversicht erfüllen. Es gilt, die Vergeßlichkeit in ihr Gegenteil umzukehren, es gilt zu zeigen, daß wir unsere historische Aufgabe auch in dieser schweren Zeit erfüllt haben, es gilt weiters auch unsere bereits indifferenten Klassengenossen wieder als Kämpfer zu gewinnen und wenn alle, die sich als Gewerkschaftler fühlen, bei diesem Werke mithelfen, dann wird endlich die Spekulation mit der Vergeßlichkeit der Massen sich als verfehlt erweisen. Die Gewerkschaften unserer Gebiete stehen vor schweren Angriffen. Alle, die nicht an Vergeßlichkeit leiden, haben in den kommenden Tagen und Wochen zu zeigen, daß auch die Arbeiterschaft unserer Gebiete starke Gewerkschaften braucht. Der erhöhten Tätigkeit unserer Gegner gilt es gegenüber zu stellen unsere größere Agilität, die ausklingen muß in erhöhter Werbetätigkeit für unsere Klassenkampforganisationen, für unsere Gewerkschaften!

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Vater Goriot. 9

Von Honoré de Balzac.

Eugen von Rastignac war in einer Verfassung wiedergekommen, die begabten jungen Leuten oder jenen, denen eine schwierige Lage die Eigenschaften von Elitemenschen beilegt, nicht unbekannt ist. Während des ersten Jahres, das er in Paris zubrachte, hatte ihm die wenige Arbeit, die die ersten Semester erfordern, die Möglichkeit gelassen, die greifbaren Reize des materiellen Paris zu erfassen. Ein Student hat nicht allzuviel Zeit, wenn er das Repertoire jedes Theaters sehen, die Tiefen des Pariser Labyrinths erforschen, die Sitten, die Sprache und die besonderen Vergnügungen der Hauptstadt kennen, alle Vergnügungslokale, die anständigen so gut wie die verrufenen, beriechen, interessante Vorträge hören und die Schätze der Museen sehen will. Für Albernheiten, die ihm wesentlich erscheinen, ist er Feuer und Flamme. Er hat seinen Gott gefunden, einen Professor am Collège de France, der bezahlt wird, um sich auf der Höhe seines Auditoriums zu halten. Er bindet seine Krawatte kühn und setzt sich für die Frau der ersten Galerie in der komischen Oper in Szene. Bei diesem Eindringen in unbekannte Verhältnisse erweitert er seinen Horizont und begreift allmählich den Aufbau der verschiedenen Schichten, die die Gesellschaft bilden. Wenn er damit begonnen hat, die Wagen in den Champs-Elysées bei strahlendem Sonnenschein zu bewundern, so wird er bald dazu übergehen, ihre Insassen zu beneiden. Unbewußt hatte Eugen diese Lehrzeit durchgemacht, nachdem er als Student der Philosophie und der Staatswissenschaften an der Universität aufgenommen war. Seine Kindheitsillusionen und die Anschauungen, die er aus der Provinz mitgebracht hatte, waren verschwunden. Sein Ehrgeiz war angestachelt, seine Intelligenz wach, und er sah manches im väterlichen Hause in ganz anderem Lichte denn zuvor. Auf einem kleinen Landsitz lebten sein Vater, seine Mutter, zwei Brüder, zwei Schwestern und seine Tante, deren Vermögen aus einer kleinen Rente bestand. Die Einkünfte des Landes, das ungefähr dreitausend Franken jährlich abwarf, waren Schwankungen unterworfen, die die Folgen des Weinbaus sind, doch war es notwendig, jedes Jahr zwölfhundert Franken für ihn allein dem Boden abzupressen. Der Anblick dieses großmütig verborgenen Elends, der Vergleich zwischen seinen Schwestern, die er als Kind so schön gefunden hatte, und den Pariser Frauen, die ihm den Typus einer erträumten Schönheit verwirklichten, die ungewisse Zukunft dieser zahlreichen Familie, die auf ihm lastete, die sparsame Sorge, mit der das Haus verwaltet wurde, der aus den Trebern der Kelter für die Familie bereitete „Wein" und tausend andere Dinge, die hier nicht aufgezählt werden können, verzehnfachten seinen Wunsch nach Erfolg und seinen Durst nach Auszeichnungen. Wie alle reinen Menschen wollte er alles nur seinem eigenen Können danken. Aber er hatte das Temperament des Südländers, wo es zu handeln galt; er litt an jenen Hemmungen, die die jungen Leute überfallen, wenn sie sich mitten auf dem Meer befinden, ohne zu wissen, wohin sie steuern sollen. Wenn er sich zuerst Hals über Kopf in die Arbeit stürzen wollte, so erkannte er doch bald, gezwungen, sich Verbindungen zu schaffen, welchen Einfluß Frauen auf das öffentliche Leben haben, und beschloß in die große Welt zu gehen, um Gönnerinnen zu finden. Wie sollten sie einem kühnen, geistreichen jungen Menschen fehlen, dessen Geist und Feuer durch eine elegante Haltung und seine Art nervöser Schönheit, die stets auf Frauen wirkt, kräftig unterstützt wurde? Mitten in den Feldern, auf Spaziergängen, die er früher sorglos mit seinen Schwestern gemacht hatte, überfielen ihn diese Gedanken. Seine Tante, Frau von Marcillac, die in früheren Jahren bei Hofe vorgestellt worden war, hatte die Spitzen der Aristokratie gekannt. Plötzlich erkannte der junge Ehrgeizige in den Erinnerungen, mit denen die alte Dame ihn so oft umschmeichelt hatte, Möglichkeiten zu sozialen Eroberungen, die zum mindesten ebenso wesentlich waren wie jene, die sich ihm durch sein Studium eröffneten. Er befragte sie nach verwandtschaftlichen Beziehungen, die er wieder anknüpfen könnte. Nachdem die alte Dame die Zweige des Stammbaumes geschüttelt hatte, fand sie, daß unter dem egoistischen Volk reicher Verwandten, die ihrem Neffen nützen könnten, die Gräfin Beauséant wohl die wenigst hartnäckige wäre. Sie schrieb der jungen Frau einen altmodisch verschnörkelten Brief, den sie Eugen übergab mit der Weisung, daß die Gräfin, falls er bei ihr Erfolg habe, ihm die Türen der übrigen Verwandten öffnen würde. Unmittelbar nach seiner Ankunft in Paris schickte Rastignac den Brief seiner Tante an Frau Beauséant. Die Gräfin lud ihn für den nächsten Tag zu einem Ball ein.

Das war die allgemeine Lage in der Pension im November 1819. Einige Tage darauf kam Eugen um zwei Uhr nachts vom Ball bei Frau von Beauséant nach Hause. Um die verlorene Zeit wieder einzubringen, hatte sich der tapfere Student während des Tanzens geschworen, bis zum Morgen zu arbeiten. Zum erstenmal ging er nachts durch die stillen Straßen dieses Stadtteils, unter dem Ansporn einer falschen Energie, erweckt durch den Glanz der vornehmen Welt. Er hatte bei Frau Vauquers Mittagstisch gefehlt. Die Pensionäre konnten glauben, daß er erst am frühen Morgen des nächsten Tages vom Ball nach Hause käme, wie zuweilen von den Pradofesten oder Odeonbällen, wenn er seine seidenen Strümpfe und Tanzschuhe im Straßenschmutz ruiniert und ausgetreten hatte. Christoph hatte hinausgesehen, ehe er die Tür abgeriegelt hatte. In diesem Augenblick kam Rastignac, er konnte leise in seinem Zimmer verschwinden, während Christoph ihm laut und polternd folgte. Eugen zog sich um, schlüpfte in seine Pantoffeln, zog einen abgetragenen Rock an, steckte sein Feuer an und machte sich an seine Arbeit. Das Geräusch, das der Student verursachte, wurde von Christophs laut knarrenden Stiefeln übertönt. Eugen blieb noch einen Augenblick in Gedanken, ehe er sich in seine Bücher vertiefte. In Frau von Beauséant hatte er eine der tonangebenden Pariser Modekönigiinnen kennengelernt, ihr Haus galt als eines der angesehensten im Faubourg Saint-Germain. Infolge ihres Namens und ihres Vermögens herrschte sie in der aristokratischen Welt. Der arme Student war durch den Empfehlungsbrief seiner Tante in diesem Haus empfangen worden, ohne die Bedeutung dieser Gunst zu ahnen. In einem dieser vergoldeten Salons verkehren zu dürfen, kam einem Adelsbrief gleich. Damit, daß er sich in dieser exklusivsten aller Gesellschaften hatte zeigen dürfen, hatte er das Recht erworben, überall zu verkehren. Geblendet von dieser glänzenden Versammlung hatte Eugen kaum einige Worte mit der Grfin gewechselt, aber unter der Fülle von Pariser Göttinnen, die sich auf diesem Ball drängten, war ihm eine jener Frauen aufgefallen, die einen jungen Menschen unweigerlich anziehen müssen. Die große, schlanke Gräfin Anastasie von Restaud galt als eine der bestgewachsenen Frauen von Paris. Sie hatte schwarze Augen, wunderschöne Hände, schmale Füße, lebhafte Bewegungen — nicht mit Unrecht hatte sie der Marquis von Ronquerolles ein Vollblutspferd genannt. Ihre nervöse Feinheit beeinträchtigte ihre übrigen Reize nicht; sie hatte rundliche, volle Formen, ohne zur Fülle zuneigen. „Vollblutspferd, eine Frau von Rasse," diese Ausdrücke begannen die himmlischen Engel und ossianischen Gestalten, ja die gesamte verliebte antike Mythologie zu verdrängen, von der die modernen Stutzer nichts mehr wissen wollten.

(Fortsetzung folgt.)

Der Arbeitsausschuß für die Vorberatung einer Sozialversicherung der selbständig erwerbstätigen Personen hielt gestern unter dem Vorsitze Dr. Winters seine zweite Sitzung ab. Es wurde über den Standpunkt der einzelnen Mitglieder zu den grundlegenden Fragen des persönlichen und sachlichen Umfanges der Versicherung, über die Frage der obligaten oder freiwilligen Versicherung, die Höhe der Renten, über die Versicherungsprämie und ihre Einhebung und schließlich über die Organisation der Versicherung beraten. Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 7. November statt.

Gewerkschaftskoalitionen. Der Bergarbeiterstreik, der auf Seite der Arbeiterschaft von der Koalition der drei Bergarbeiterverbände geführt wird, gibt dem Blatte der sozialistischen Einigung „Socialista" Anlaß zu folgenden Betrachtungen: „Die Bergarbeiterkoalition hat sich als ein so vollendetes Instrument im sozialen Kampfe erwiesen, daß in der übrigen Arbeiterschaft die Sehnsucht nach etwas Aehnlichem wachgerufen werden muß. Die Bergarbeiterkoalition ist kein Hindernis für die alten Organisationen und stört deren freie Entwicklung nicht. Sie ist ein organisatorischer Ueberbau, welcher von einem aus den Delegierten der Organisationen zusammengesetzten Ausschuß und einer Reichskonferenz geleitet wird, in der die Vertreter der Organisationen durch Delegierte der Reviere ergänzt werden. Eine sehr gute Ergänzung des Apparates der Koalition sind auch die Konferenzen der Revierräte. Diese Bergarbeiterkoalition ist ein Beweis dafür, daß man bestehende Organisationen nicht zerstören muß, sondern, daß es genügt, diese Organisationen zu einander zu führen, die Organe ihrer Zusammenarbeit zu schaffen."

Der Handelsvertrag mit Norwegen wurde — wie die „Prager Presse" meldet — vorgestern unterzeichnet. Das Abkommen regelt die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen der zwei Staaten auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung sowohl für die Behandlung von Angehörigen und Gesellschaften sowie auch von Waren.

Ein kommunistischer Landarbeiterstreik. Was für famose Gewerkschafter die Kommunisten sind, lehrt ein Streik der kommunistischen Landarbeiter im Bezirke Iglau. Darüber erzählt das tschechische Landarbeiterblatt „Zajmy" in der Folge vom 5. September: „In diesem Bezirke legte der kommunistische Sekretär aus Mährisch Budwitz den Unternehmern die Forderung über eine Erntezulage vor. Ohne daß er zur friedlichen Ausgleichung des Streites die nötigen Schritte eingeleitet hätte, forderte er die Arbeiterschaft in diesem Bezirke auf, die Arbeit einzustellen, was auch ein Großteil der landwirtschaftlichen Arbeiter befolgte. Nach einem fünftägigen Streike kamen am Samstag den 11. des vergangenen Monates die bekannten kommunistischen Gewerkschafter Abgeordneter Tesla und Uridil, Sekretär des kommunistischen Verbandes aus Prag gefahren und zusammen mit den kommunistischen Sekretären Vašatka und Lanička vereinbarten sie mit den Unternehmern, daß die Erntezulagen die Arbeiterschaft nicht erhält, dafür aber jeder landwirtschaftliche Arbeiter, der gestreikt hat, dem Arbeitgeber 20 Kronen zu bezahlen hat. Die Arbeitgeber verpflichteten sich, daß wegen des Streikes niemand entlassen wird und die Vertreter der Arbeiter verpflichteten sich, daß die Arbeiter die Arbeit sofort wieder aufnehmen. Auf dieser Vereinbarung glänzen die Unterschriften des Abgeordneten Tesla und der Sekretäre Uridil, Vašatka und Lanička. So versuchen die kommunistischen Gewerkschaftler Lohnkämpfe zu führen. In diesem Falle gelingt es ihnen nicht, ihre Unfähigkeit auf andere abzuwälzen, denn während der Dauer dieses Streites war ihnen niemand im Wege und sie hatten die Möglichkeit, ihr gewerkschaftliches Können zu zeigen. In diesem Fall kann sich die Arbeiterschaft wiederum überzeugen, wer der Schädiger und Verräter des Proletariats ist und ob wegen solch einer radikalen und revolutionären Arbeit es nötig war, die Einheit der gewerkschaftlichen Organisationen zu zerschlagen. — Man darf sich nicht wundern, wenn sich solche Fälle wirklich ereignen. Die ganze Zeit daher hat der kommunistische Verband geschrieben, daß zur Zeit der Ernte die Arbeiter streiken sollen, um Lohnerhöhungen zu erzielen. Nun die Erntezeit gekommen war und das hätte eintreten sollen, was sie wochenlang vorher bereits in der Presse ihren Mitgliedern eingeredet haben, war vom Streik nichts mehr zu hören. Wenn nun die kommunistischen Sekretäre in Mährisch-Budwitz den Arbeitern sagten, sie sollen streiken, um eine entsprechende Erntezulage zu erringen, so ist begreiflich, wenn die Arbeiter blindlings den Parolen dieser Sekretäre gefolgt sind. Sie haben damit ja nichts anderes gemacht als das, was der kommunistische Verband in seinem Fachblatt den Mitgliedern eben empfohlen hatte und sie waren in dem Glauben, daß sie einen Erfolg erzielen werden, weil ja diese Ueberrevolutionären immer alles besser verstehen. Das Ergebnis ist nun, daß die Arbeiter anstatt eines Sieges eine ordentliche Niederlage erlitten. Wenn es dann wirklich einmal zu ernsten und entscheidenden Kämpfen kommt, kann man diese Arbeiter dafür nicht gewinnen, denn sie sagen sich, wenn man für das Streiken dem Arbeitgeber zahlen soll, so streiken wir lieber nicht. Man ersieht daraus, wie leichtfertig die kommunistischen Sekretäre eben handeln. Und diese Leute wollen den freien Gewerkschaften Ratschläge erteilen. Es wäre gut, wenn die kommunistischen Gewerkschaftssekretäre bezw. die Leitungen kommunistischer Verbände bei sich selber anfangen würden, sich zu bessern. Es ist den freien Gewerkschaften, die man so gerne immer als die Verräter und Schädiger des Proletariats bezeichnet, denn doch noch nicht passiert, daß sie einen Streik unter solch elenden Bedingungen abgeschlossen haben, wie es der kommunistische Landarbeiterverband in Mährisch-Budwitz getan hat. Wenn die Herrschaften so weiter machen, so werden sie es weit bringen. Die Arbeiter ersehen daraus neuerlich, daß ihre Interessen einzig und allein nur bei den freien Gewerkschaften gewahrt sind."

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne in Belgien. Aus Brüssel, wird gemeldet: Die Bergarbeiterlöhne sind um 5 Prozent erhöht worden.

England und die Kolonien. Auf der Reichswirtschaftskonferenz sagte der Präsident des Handelsamtes u. a., der britische Ausfuhrhandel sei noch weit unter dem Stande der Vorkriegszeit. Dieser Zustand spiegle sich in einer unerhörten Arbeitslosigkeit wieder, daher sei eine Ausdehnung des Handels für England von lebenswichtiger Bedeutung. Die alten Märkte müßten wiederhergestellt werden, und noch notwendiger sei es, daß neue Märkte geöffnet werden. Die Tagesordnung der Reichswirtschaftskonferenz umfasse drei Punkte: 1. Reichskolonisation, 2. finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Mutterlande und den Dominions und 3. bevorzugte Behandlung der Wirtschaft innerhalb des Reiches. Der Präsident sagte weiter, die britische Regierung habe endgültig den Grundsatz der Vorzugsbehandlung aufgestellt und wünsche ihn auszudehnen, um die Entwicklung der Produktionsquellen des Reiches und des Handels innerhalb des Reiches zu fördern.

Frankreichs Wirtschaftslage. Einer der wichtigsten Gründe, welcher zum Abbau des Ruhrwiderstandes geführt hat, ist die Tatsache, daß die französische Volkswirtschaft sich verhältnismäßig leicht mit den Folgen der Ruhrbesetzung abzufinden hat. Frankreichs Wirtschaftslage ist äußerst günstig. Die Ernte ist reichlich ausgefallen und genügt zur Versorgung der Bevölkerung. Die in den zerstörten Gebieten errichteten Betriebe sind so leistungsfähig, daß dies in gesteigerter Produktivität bereits jetzt zur Auswirkung kommt. Die durch die Ruhrbesetzung eingetretenen Schwierigkeiten sind bereits behoben, die Eisenproduktion ist beinahe so groß, die Stahlproduktion dagegen bereits größer als vor der Ruhrbesetzung. Der Außenhandel entwickelt sich sehr günstig, die gesteigerte Rohstoffeinfuhr deutet auf eine gute Konjunktur hin. Eine Arbeitslosigkeit gibt es in Frankreich nicht. Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete — wobei bemerkt sei, daß die Wiederaufbaugewinnler dank der Korruption der staatlichen Organe unter Benachteiligung der einflußlosen und unbemittelten Bevölkerung ungeheure Gewinne einheimsen — verschafft Arbeitsgelegenheit, ebenso wie die umfangreichen Elektrisierungsarbeiten. Eisenbahnen, landwirtschaftliche Betriebe und in hohem Maße industrielle Großbetriebe werden auf elektrische Kraft umgestellt, riesige Kraftzentralen werden errichtet. Gleichzeitig ist aber die Finanzlage des Landes sehr günstig. Die militärischen Ausgaben sind ungeheuer groß. 18.66 Prozent seiner Einnahmen verwendet Frankreich für seine Armee (zweimal soviel wie England). Auf je tausend Menschen kommen in Frankreich 47.6 Soldaten und mit Einschluß der Nationalgarde, der Landwehr und der Reserven sogar 130.35. Die Bevölkerung wird zu energischen Steuerleistungen nicht herangezogen. Immer neue Anleihen, welche bei der Geldflüssigkeit der Bevölkerung leicht unterzubringen sind, müssen für die Staats- und Militärausgaben herhalten. Eine neue Anleihe im Betrage von mehreren Milliarden Frank dürfte in kurzem zur Zeichnung aufgelegt werden.

Gesundheitsschädliche Verrichtungen. Die Internationale Arbeitskonferenz zu Washington hat die Aufstellung einer Liste gesundheitsschädlicher Verrichtungen beschlossen und mit dieser Aufgabe, die seit langem die Aufmerksamkeit der interessierten Kreise fand, hat sich in der Zwischenzeit die gewerbehygienische Abteilung des Internationalen Arbeitsamtes befaßt. Sie hat die auf den Gegenstand bezüglichen medizinischen und statistischen Unterlagen studiert und die Ergebnisse sollen in Form einer Enzyklopädie veröffentlicht werden. Beigegeben sein wird ein besonderer Aufsatz über Gewerbehygiene, Giftkunde und gewerbliche Wohlfahrtspflege (Krankheitsschutz, ärztliche Hilfe, persönliche Gesundheitspflege, erste Hilfeleistung usw.). Die einzelnen Artikel werden die technischen Gesichtspunkte, die gewerbliche Pathologie, die besonderen Gesundheitsschutzmaßnahmen und die Gesetzgebung in bezug auf jede Art gesundheitsschädlicher Verrichtungen behandeln. Um bei jedem Gegenstand möglichst vollständig die internationalen Probleme aufzuzeigen, geht das Internationale Arbeitsamt daran, sich die Mitwirkung sowohl der Mitglieder ihres gewerbehygienischen Beirates wie der hervorragendsten Fachgelehrten in den verschiedenen Ländern zu sichern. Bisher haben über 30 Gelehrte ihre Mitarbeit bei der Abfassung von mehr als 100 Artikeln zugesagt, welche die gewerblichen Gifte und die gesundheitsschädlichen Verrichtungen behandeln.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert an:

Zürich	Schweiz. Frank 16.75'25
Berlin	Mark 13.309.000'00
Wien	österr. Kr. 2118'00

Prager Kurse am 3. Oktober.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1359'00	1363'00
1 Million Mark	0'04½	0'14½
100 belg. Franks	173.75	175.25
100 schweiz. Frank	617.25	619.75
1 Pfund Sterling	155.50'00	157.00'00
100 Lire	154.75'00	156.25'00
1 Dollar	34.30'00	34.70'00
100 franz. Franks	205.25'00	206.75'00
100 Dinar	40.00'00	40.50'00
10.000 magyar. Kronen	17.12'50	19.12'50
10.000 poln. Mark	0.73'25	0.74'75
10.000 österr. Kronen	4.59'00	5.09.00

Züricher Schlußkurse am 3. Oktober.

	Geld	Ware
Paris	33.10'00	33.25'00
London	25.47'00	25.49'00
Berlin	0.011¼	0.016¼
Mailand	25.10'00	25.25'00
Holland	220.00'00	221.00'00
Wien	0.00.78'25	0.00.78'75
Budapest	0.029'00	0.031'00
Prag	16.72'50	16.80.00
New York	5.60.00	5.61.00
Belgrad	6.40'00	6.60.00
Warschau	0.00.00'00	0.00.00'00

Kunst und Wissen.

Der Berliner Domchor in Prag. (Konzert im großen Luzerna-Saale, 1. Oktober.) Der Berliner Domchor stellt ein Stück alter, traditioneller Kirchenmusikpflege dar, die auf keinen geringeren als den großen deutschen Romantiker und Tondichter Felix Mendelssohn-Bartholdy zurückgeht. Wer die künstlerischen Leistungen dieses Chores richtig einschätzen will, muß vor allem die Zusammensetzung seiner Sängerschaft berücksichtigen. Denn, da die Soprane und Alte des Chores nicht durch Frauenstimmen vertreten sind, sondern von Knaben gesungen werden, ist dieses Stimmenmaterial bei der kurzen Zeitdauer der Singverwendbarkeit der Knaben bis zur Mutierung (Stimmbruch) ständig wechselnd. Es gehört also immer neuer, unermüdlicher Arbeitseifer dazu, diese Knaben-Soprane und Alte auf eine so hohe gesangskünstlerische Stufe zu bringen und gesangstechnisch und musikstilistisch so in gleichmäßiger Schulung zu erhalten, daß sie eine feste Stütze des Chores bilden. Es mag wohl darum auch am meisten für die außerordentlichen Verdienste Professor Rüdls, des Direktors des Berliner Domchores, sprechen, daß bei seinem Chorkörper die Knabenstimmen das eigentliche Rückgrat sind, währen die (ohnehin schwach besetzten (Männerstimmen der Tenöre und Bässe nur zur unbedingt nötigen Füllung des Chorklanges und sehrstimmigen Satzes dienen. Die Knabenstimmen geben dem Chore daher auch seine charakteristische Farbe, die wie eine Mischung herben Glockentones und silbernen Flötenklanges wirkt und ganz ungewohnte Tonschwingungen und -schwebungen im Hörer auslöst. Es war auch eine Lust, zuzuhören und zuzuschauen, mit welch jugendlicher Begeisterung und Singfreude die jungen Sänger ihre teilweise recht schwierigen Aufgaben lösten und ganz den Absichten ihres Meisters Rüdl nachkamen. Man mag alle die Werke von Joh. Seb. Bach, Palestrina, Lotti, Schütz, Durante, Brahms usw., die sie sangen, von großen gemischten Chorvereinen vollkommener und großartiger singen hören können, aber man wird sie nicht so begeisterungsfroh und reinsten Ausdruckes voll, nicht so von keuschem Klange getragen zu Gehör bekommen wie von diesen tüchtigen Chorknaben. Um ihrem Chorprogramme die nötige Abwechslung zu geben, hatten die Berliner Sängergäste auch zwei Solisten mitgebracht: Eine Altistin, Frau Pauline Dobert, die eine schöne, weiche Stimme, Gefühlswärme im Vortrage und stilistische Sicherheit besitzt, an der vollen Entfaltung ihres Könnens aber leider durch ein plötzliches Unwohlsein gehindert war, und einen jungen Pianisten, Wilhelm Kempff, der beachtenswerte technische Fertigkeit zeigte, dem Stile Bachs aber so ziemlich alles schuldig blieb. Der Besuch des von der Konzertdirektion Zemanek mit anerkennenswertem künstlerischem Wagemut veranstalteten Konzertes entsprach leider nicht ganz der Bedeutung dieses Kunstereignisses, umso weniger, als auch hier die Prager Sänger, wie jüngst bei den Darbietungen des Chores der russischen Donkosaken, in Massen hätten erscheinen müssen. —ek.

Neues Theater. Heute Donnerstag „Dantons Tod" von Georg Büchner. Morgen Freitag, den 5.: „Wau-Wau" mit Richard Romanow, sly. Samstag, den 6.: „Die Siegerin". Sonntag, den 7.: abends neuinszeniert Richard Wagners „Siegfried".

Wetterberichte
der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

3. Oktober 1923 morgens	Luftdruck reduziert auf Meeresniv.	Temperatur °C	Windrichtung und -Stärke (0–12)	Wetter	Tagesniederschlag	Temperatur gest. nachm.
Prag	759	13	SW₁	bed.	2	18
Brünn	761	12	SW₁	⁵/₄ bed.	1	19
Reykjavik (Island)	767	-1	—₀	bed.	—	5
Stornoway (Hebrid.	754	3	—₀	Regen	6	9
Valencia (Irland)	761	10	NW₂	Nebel	8	13
London	757	7	SSW₂	bed.	6	—
Utsire (Norwegen)	752	7	NNW₂	bed.	8	9
Stockholm	749	8	—₀	bed.	0	12
Hamburg	758	8	SW₂	Nebel	0	—
Warschau	759	9	SW₂	Nebel	⅓	18
Paris	759	12	SW₁	bed.	3	19
Zürich	761	14	SSW₂	bed.	1	—
Wien	761	13	SW₂	bed.	½	19
Belgrad	—	—	—	—	—	—
Pulkarei	769	19	NO₁	bed.	0	—
Biarritz (Frankr.	—	—	—	—	—	—
Florenz	—	—	—	—	—	—
Triest	762	21	—₀	heiter	0	—
Höhenstationen (Luftdruck nicht reduziert)						
Sonnesberg 840 m	686	7	W₄	bed.	2	17
Schneekoppe 1510 m	625	3	W₄	⁵/₄ bed.	13	17
Zugspitze 2960 m	529	-1	SW₂	Nebel	½	—

Der „Sixtinische Chor" (Societa polifonica Romena), gegründet im 6. Jahrhundert, wird am 9., 10. und 12. Oktober im Prager Lucernasaale drei Konzerte mit verschiedenen Programmen veranstalten. Der Sixtinische Chor kommt mit 68 Personen unter Leitung des Msgnre. Casimiri. Karten zu allen Konzerten zu 8 bis 42 K sind schon im Vorverkaufe zu haben.

Vorträge.

Vortragsabend des Pazifisten Schönaich. Generalmajor a. D. Freiherr v. Schönaich, das bekannte Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft, wird am 18. Oktober im großen Urania-Saale einen Vortrag über: „Entwicklungslehre und Friedensgedanke" abhalten.

Aus der Partei.

Gemeindevertreterkonferenz für den Bezirk Rumburg. Am 30. September l. J. fand in Schönlinde im Schützenhause eine Konferenz der Gemeindevertreter des Bezirkes Rumburg statt. Genosse Böhm aus Rumburg referierte über: „Die Aufgaben der sozialdemokratischen Gemeindevertreter". Ausgehend von dem Wahlergebnis des Jahres 1919, zieht er einen Vergleich mit dem jetzigen Ergebnis der Wahlen, soweit sie in den Ortschaften des Bezirkes vollzogen sind und stellt auf Grund der abgegebenen Stimmenzahl fest, daß die Sozialdemokratie trotz der Spaltung und der trostlosen wirtschaftlichen Verhältnisse imstande war, die größte Stimmenzahl auf sich zu vereinigen. Unsere Partei marschiert mit 3403 Stimmen oder 18 Mandaten an der Spitze der Parteien. Die Kommunisten konnten nur die Hälfte unserer Stimmenzahl erreichen, was sie sicherlich enttäuscht hat. Dagegen ist auch in unserem Bezirke ein Wachsen der christlichsozialen Stimmen festzustellen. Redner bespricht dann ausführlich die Beschlüsse der Reichsparteileitung. Zum Schlusse seiner Ausführungen appelliert er an die Versammelten, das Kreisblatt die „Volksstimme", zu abonnieren und hält es für zweckentsprechend, die Zeitschrift „Freie Gemeinde" in jeder Fraktion als sozialistisches Beratungsorgan einzuführen. Nach einer lebhaften Debatte sind hierauf ein Antrag, mindestens in jedem Vierteljahr eine derartige Konferenz abzuhalten, einstimmige Annahme. Auch die Anregung, daß bei den Fraktionssitzungen ein Vertreter der Lokal- oder Bezirksorganisation zugezogen werden möge, fand allgemeine Zustimmung. Genosse Böhm gibt dann noch bekannt, daß im Monat November in den Ortschaften Rumburg, Schönborn und Khaa die Gemeindewahlen stattfinden und fordert zu reger Mitarbeit im Interesse des Sozialismus auf. Sodann schloß der Vorsitzende mit einem Appell an alle, beim Ausbau unserer Partei mitzuhelfen, die so einmütig und aufklärend verlaufene Konferenz.

Bezirkskonferenz Bensen. Bei der am Sonntag in Bensen stattgefundenen Bezirkskonferenz wies Genosse Dobiasch in seinem Referate darauf hin, daß die sozialdemokratische Partei im Bezirke Bensen bei den letzten Gemeindewahlen von 10.943 Stimmen 4502 Stimmen erhalten habe. Der Stimmenverlust gegenüber 1919 beträgt demnach nur zwölf Prozent. Von diesen zwölf Prozent konnten die Kommunisten nur einen Bruchteil auf sich vereinigen. So stehen im Bezirke 136 sozialdemokratische zwölf kommunistischen Mandaten gegenüber. — Abgeordneter Genosse Schweichhart besprach sodann die Gemeindewahlen und deren Ausgang vom Standpunkt des Klassenkampfes und legte die Taktik dar, die unsere Genossen jetzt in den Gemeindeverwaltungen einzuhalten haben. Nach einer lebhaften Debatte wurden diesbezügliche Beschlüsse gefaßt. Als Delegierte zum Parteitag in Aussig wurden die Genossen Dobiasch und Worzfeld gewählt. Ersatzmann Genosse Schwarzbach.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Für den Druck verantwortlich: O. Holik

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,
Tischlergasse 6. 1002
empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Billiger Lesestoff
David, Mährische Dorfgeschichten.
Ertl, Geschichten.
Enth, Geld u. Erfahrung
Finckh, Rapunzel.
Jahn, Der Schatten.
Jürgensen, Kongogeschicht.
Reuter, Schelmuffsky wahrhaftige, kuriose u. sehr gefährliche Reisebeschreibung zu Wasser u. zu Lande
Sommithenner, Treuherzige Geschichten.
Jeder Band gebunden 5 Kronen.
Sämtverzeichnisse kostenl.
Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau,
Theresiengasse 18.

Bibliotheken
für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der
Volksbuchhandlung
Ernst Sattler,
Karlsbad.

Inserieren Sie im Sozialdemokrat!!